

Sozialdemokratische Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D E

Durcheinander in der Hindenburgfront

Hitler hat Angst / Hugenberg schwankt / Nur SPD unbeirrt für Hindenburg

Um Hindenburgs Neuwahl

Berlin, 9. Januar.

Die Frage, auf welche Weise das sämtliche Mitglieder der Reichsregierung und allen „staatsertreuenden“ Kreisen am Herzen liegende Verbleiben des Reichspräsidenten von Hindenburg im Amt ermöglicht werden könne, ist bis zur Stunde des Redaktionsschlusses noch nicht gelöst. Zahlreiche Kundgebungen von Persönlichkeiten der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Partei liegen allerdings zu dem Vorschlag des Reichskanzlers Brüning vor, so von den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Laverrenz, Kaufmann, Berndt, dem Landtagsabgeordneten ...

Alle äußerten sich durchweg ablehnend zu dem Projekt, das der Reichskanzler dem Naziführer vorgeschlagen hat oder verlangten innen- und außenpolitische Zugeständnisse.

Über eine Äußerung Hugenbergs wird bis zur Stunde noch vermisst. In der politisch aufgelösten Versammlung der Nationalsozialisten im Berliner Sportpalast konnte Goebbels seine Stellung nicht kundtun. Nachträglich behandelte er aber in seinem Blatt sehr vorsichtig die Frage, indem er verfassungsrechtliche Bedenken aufwarf. Auf der

anderen Seite bemühen sich gewisse Kreise, als deren Exponent der deutschvolksparteiliche Reichstagsabgeordnete und DD-Bankdirektor von Strauß auftritt, bei Hitler ein Einschwenken zugunsten des Vorschlags Brünings zu erwirken. Wie es scheint, sind diese Versuche erfolglos geblieben.

Über die endgültige Unterredung Hitlers mit Hugenberg, die für den späten Nachmittag des Sonnabends vorgesehen waren, nachdem Hugenberg in einer eilends zusammengetelegraphierten Sitzung seiner Fraktion seinen ablehnenden Standpunkt begründet hatte, liegen Nachrichten noch nicht vor. Um 9 Uhr abends wird Hitler dem Reichskanzler seine Entscheidung bekannt geben.

Wie wir von zuverlässig informierter Seite erfahren, beabsichtigt die Reichsregierung, sobald nach dem etwaigen Scheitern der Verhandlungen mit Hitler und der nationalen Opposition mit einem Aufruf an das deutsche Volk heranzutreten. In diesem Aufruf würden Reichskanzler und Reichsregierung ihrer Meinung dahin Ausdruck verleihen, daß die Autorität des Reichspräsidenten für die bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen nicht entbehrt werden könne, und daß darum das Volk über die Neubesetzung der Reichs-

präsidentschaft entscheiden solle, für die sich Herr von Hindenburg wiederum zur Verfügung gestellt habe.

Die Sozialdemokratie spielt „Blinde Kuh“

Der „Abend“ mokiert sich — stolz wie ein Spanier — über das Hin und Her des Schachers bei der „nationalen Opposition“. Er tut dann, als hätte die Sozialdemokratie nicht schon längst entschieden, indem er schreibt:

„Wenn die „nationale Opposition“, dem Wunsche des Reichspräsidenten entsprechend, jeden Vorschlag unterläßt, an die Verlängerung der Amtsperiode irgendwelche Bedingungen zu knüpfen, dann wird für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Zeit und Möglichkeit gekommen sein, zum Plan der Regierung zu nehmen.“

Der „Abend“ weiß offenbar nicht mehr genau, was der „Vorwärts“ ausgeplaudert hat; er hat — Schächer und „Taktiker“ — ganz und gar vergessen, daß das Jawort schon erteilt ist, unter der Voraussetzung, daß die „nationale Opposition“ will. Mit ihr wird verhandelt, der SPD ist man sicher. Und darf es sein!

Die große Illusion

8 Berlin, 9. Januar.

Man hat wieder einmal das „Primat der Außenpolitik“ entdeckt. In den letzten Wochen wurde künstlich eine politische Stimmung erzeugt, die alles gespannt auf einen Punkt starren läßt: Lausanne und Genf. Die internationalen Konferenzen sind die Achse, um die sich alles dreht, jede innenpolitische Frage wird nur noch unter dem Gesichtspunkt betrachtet: wie wirkt sie auf die Entscheidung, die am Genfer See getroffen wird. Reichspräsidentenwahl, Preußenwahl, Regierungsumbildung, Notverordnung — alles hat seinen eigenen Sinn und Inhalt verloren und gilt nur noch als Teil des politischen Landschaftsbildes rund um den Mont Blanc.

Der Zweck dieser Stimmungsmache, der sich Ministerreden, Pressemeldungen, amtliche und halbamtliche Verlautbarungen willig zur Verfügung stellen, ist klar: es soll in mitten der Panikstimmung, die alle Volkskreise ergriffen hat, ein ruhender Pol, eine große Illusion, ein Überstreifen — der vielleicht in den letzten Jahren? — geschaffen werden, um Aufschub zu gewinnen.

Die große Illusion, die heute in den Spalten der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse erweckt wird, lautet: wenn die Reparationsfrage in einem für Deutschland günstigen Sinne gelöst wird, dann — aber nur dann — kann alles wieder gut werden. Strei-

Severings „Demokratie“

Entscheidung der Gasarbeiter

Briand demissioniert

Termin für Lausanne

Reiter Massenaufmarsch

Seite 2

Hauptbl.

S. 3 u. 4 Hpl.

Die Bedingungen Hitlers

Brüning soll Legalität der Nazis anerkennen

Die „Kölnische Zeitung“ weiß in einem Berliner Artikel über die angeblichen Bedingungen Hitlers für die Zustimmung seiner Fraktion zu einem Verlängerungsgesetz bezüglich der Amtsdauer des Reichspräsidenten zu berichten. Hitler habe verlangt, daß eine entscheidende Aenderung der Reichsregierung herbeigeführt werde, wobei zunächst die Frage offen bleibe, ob sich die Spitze dieser Forderungen vielleicht auch gegen Dr. Brüning persönlich richte. Weiter habe Hitler unbedingt Wert darauf gelegt, daß der Reichskanzler die Legalität der nationalsozialistischen Partei anerkenne und diese Anerkennung öffentlich ausspreche. Hinter diesen beiden entscheidenden Forderungen trete die dritte Bedingung der Reichstagsneuwahlen zur Zeit stark in der Hintergrund.

Einem Hitler, der Hindenburg zum Präsidenten wählt, kann schließlich die „Legalität“ nicht abgesprochen werden, und einen Hitler, der erst einmal telegraphisch nach Berlin gerufen wurde, wird man künftig nicht mehr vor der Tür stehen lassen können. Hitler ist sozusagen „gemacht“.

Anders dürfte die Wirkung auf den Teil seiner Anhänger sein, die unmittelbar die Macht im Staate erstreben. Sie werden in einem solchen Einschwenken Hitlers in letzter Stunde nur einen Verrat sehen können. Wie Hitler sich auch entscheidet: er wird nicht ungerupft davonkommen.

Andererseits wird es für Hitler verlockend sein, durch das Tor der Macht hindurchschlüpfen zu können, ohne das

Risiko tragen zu müssen, das jeden andern Weg begleitet. Offiziell erklärt zwar die Reichsregierung, daß sie nicht gewillt sei, irgendwelche Zugeständnisse an die „nationale Opposition“ zu gewähren. Damit wären aber die ganzen Verhandlungen, die am Sonnabend sogar zu einer direkten Fühlungnahme eines Beauftragten Hitlers mit dem Büro des Reichspräsidenten geführt haben, sinnlos. Man wird also die Verhandlungsbereitschaft Brünings erheblich größer einschätzen müssen, wenn gleich er sicher Wert darauf legen dürfte, daß seine Zugeständnisse nicht unmittelbar als solche ruckbar werden.

Aussetzung der Preußenwahl?

Durch Notverordnung der Reichsregierung?

Von besonderer Seite geht uns die folgende Mitteilung zu:

Es muß davor gewarnt werden, die Erklärungen, die Staatssekretär Weismann namens der Preußenregierung einem Mitglied der WTB-Redaktion gegeben hat,

wonach Preußen sich strikt an den verfassungsmäßig bestimmten Wahltermin vom Mai halten werde

und wonach Preußen keinerlei Maßnahmen beabsichtige, um diesen Termin zu verschieben, anders als wörtlich zu nehmen. Tatsächlich beschäftigt sich Preußen mit der Frage der Verschiebung seiner Landtagswahl nicht mehr.

Dagegen spricht man davon, daß jetzt die Reichsregierung sich mit dieser Frage beschäftigt.

Der Reichskanzler Brüning soll angeblich die Absicht haben, nach seiner Rückkehr aus Lausanne-Ouchy, wo die Reparationskonferenz sehr bald nach ihrer Eröffnung wohl einstweilig vertagt werden wird, eine

Notverordnung des Reichspräsidenten

zu erwirken, durch die angesichts der verschobenen außen- und reparationspolitischen Entscheidungen und mit Rücksicht darauf, daß die einheitliche politische Haltung der Nation gerade für diesen Zeitraum bis zur Entscheidung der schwebenden außenpolitischen Verhandlungen notwendiger denn je sei, eine

Aussetzung sämtlicher parlamentarischen Wahlen verfügt würde, die ordnungsgemäß im Jahre 1932 abgehalten werden müßten.

*

Der Besuch des Pariser Botschafters von Hoesch in Berlin scheint in der Frage der Gestaltung der Reparationskonferenz insofern volle Klarheit erbracht zu haben, als sich erwies, daß auch die Regierung Laval bestrebt ist, vor der Entscheidung, die die Kammerwahlen im April über die künftige Orientierung der französischen Politik bringen muß, keine neuen Verbindlichkeiten in der Reparationsfrage auf sich zu nehmen. Man hat sich also dahin entschieden, die Konferenz nach den ersten Fühlungen bis mindestens in den Mai des Jahres zu vertagen.

Steigende Arbeitslosigkeit in Oesterreich

Ende Dezember wurden in Oesterreich insgesamt 329 595 unterstützte Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zur letzten Zählung ergibt sich eine Zunahme von rund 26 200.

chung der Reparationslasten bedeutet Ankurbelung, Wiederaufstieg der Wirtschaft, bedeutet Linderung und Beseitigung der Wirtschaftskrise. Typisch für die Auffassung der bürgerlichen Presse ist die Äußerung der „Frankfurter Zeitung“:

„Von dem Ergebnis der Reparationsregelung hängt es ab, ob der Wiederaufbau erfolgreich in Angriff genommen werden kann, oder ob wir einer Dauerkrise ausgesetzt sein werden, der selbst ein so widerstandsfähiges Volk wie das deutsche, nach all den überstandenen Prüfungen kaum mehr gewachsen wäre.“

Im gleichen Sinne bezeichnete vor einigen Tagen auf einer Berliner Funktionärskonferenz Hilferding, und bezeichnet jeden Tag der „Vorwärts“ die Reparationsfrage als „Schicksalsfrage des deutschen Volkes“. Im Rahmen dieser Betrachtungen wird die Regelung der Frage abhängig gemacht von dem guten oder bösen Willen der Gläubiger, in erster Linie Frankreichs und Amerikas. Ob Deutschland weiter existieren kann oder zugrunde gehen muß, ist — das ist die Quintessenz dieser Argumentation — in die Hände der ehemaligen Feinde gelegt.

Nun ist zweierlei möglich: entweder Lausanne hat nicht den erwarteten Erfolg. Dann wird zwar Deutschland daran nicht zugrunde gehen, aber es ist genügend Stoff gesammelt, um eine nationalistische Hetze in einem Ausmaß zu erzeugen, gegen die die Stimmung in der Augusttagen 1914 pazifistisch war. Hätte Adolf Hitler in den letzten Jahren keinen einzigen Erfolg erzielt, so den einen, daß es ihm gelungen ist, eine nationale Antireparationsfront von den Nationalsozialisten über das Bürgertum bis zur Sozialdemokratie zusammenschweißen, die ihre Fortsetzung auch in den Reihen der Kommunistischen Partei findet.

Die zweite Möglichkeit wäre, daß Brüning

Severings „Demokratie“

Der „Rote Pionier“ beschlagnahmt

Die Januar-Nummer des „Roten Pioniers“ ist für den Bereich des „Freistaates Preußen beschlagnahmt worden, weil die Ausführungen des vorletzten Absatzes des Artikels „Karl und Rosa“ und das Gedicht „Genossen in der SAJ“ Vers 1 und 3 eine „böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung enthalten und weil durch die Verbreitung der Druckschrift die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird“.

Wenn die Regierung meint, daß unser Pionier so tüchtig ist, so kann es nicht unsere Aufgabe sein, dem zu widersprechen. Anders ist es mit der Frage des Zutreffens der Begründung. Der Artikel wie das Gedicht wenden sich gegen bestimmte Strömungen und Richtungen in der SPD und SAJ. Die heutige Praxis des Presserechts macht es unmöglich, daß wir die beanstandeten Stellen des Gedichtes der Öffentlichkeit vorlegen, damit sie sich ein Bild davon machen kann, ob tatsächlich das Recht der Kritik in formaler Beziehung überschritten wurde. Wir bestreiten das: was dort gesagt wird, ist in Prosa und Reimen an 1000 anderen Stellen, selbst in bürgerlichen Blättern, auch gesagt worden.

Nicht anders steht es mit der Begründung, soweit sie sich auf den Artikel „Karl und Rosa“ bezieht. Die Entstehung der bewaffneten Macht unserer Republik ist eine Frage der Geschichte und wird durch polizeiliche Verfügungen weder geklärt werden, noch wird durch sie die geschichtliche Aufklärung verhindert werden können. Der Sozialdemokrat Severing und der Sozialdemokrat Grzesynski werden sich vielleicht erinnern, soweit ihre Staatsdienste dies erlauben, daß die Sozialdemokratie nicht immer die „besonnene“ Sprache der Staatsbeamten gesprochen hat; sie werden nicht nur unsere Organe, sondern ihre eigene Vergangenheit verbieten müssen, um die Gespenster, die Europa bedrohen (ein

Bild aus dem noch nicht verbotenen „Kommunistischen Manifest, Herr Innenminister!), die Gespenster der Vergangenheit der Sozialdemokratie zu bannen.

Auch das „Andere Deutschland“ verboten

Berlin, 9. Januar.

Das „Andere Deutschland“, „Wochenschrift für entschiedene republikanische Politik“, ist wegen eines am 2. Januar erschienenen Artikels „Antwort an die maßgebenden Kreise in Deutschland“, bis zum 5. Februar verboten worden.

Der beanstandete Artikel stammt von dem Präsidenten der französischen Liga für Menschenrechte, Professor Victor Basch. Er ist in der „Volonté“, Paris erschienen und die Redaktion des „Anderen Deutschland“ hatte ihn übersetzen lassen und selbst abgedruckt, um — so schrieb die Redaktion in einer Vorbemerkung — die deutsche Öffentlichkeit über die Meinung des französischen Politikers zu unterrichten.

Victor Basch hatte die „Nachsicht“ beklagt, (wenn wir das Beiwort druckten, mit dem er diese Nachsicht näher kennzeichnete) würden wir vielleicht auch verbotsreif. D. Red.), mit der „die große Mehrheit der deutschen Gerichte, der bürgerlichen öffentlichen Meinung, der Minister und sogar des hochgeschätzten deutschen Staatsoberhauptes“ die Hitlerbanden behandelte (für die Hitlerbanden hatte Basch ebenfalls ein Kraftwort gefunden und Hitler selbst hatte er als „Abenteurer“ bezeichnet, was wohl noch gestattet sein wird. D. Red.) Basch erklärte als seine Meinung weiter, daß nicht die Pazifisten es wären, sondern der General Groener, „der den Dolch in den Rücken seines gepeinigten Vaterlandes stößt.“

Uns scheint, daß der Polizeipräsident, der dies Verbot verantwortet, hier einen bösen, durch nichts zu verteidigenden Fehlgrieff getan hat, der schleunigst von der vorgesetzten Dienstbehörde repariert werden muß.

Das Verbot ist rechtlich ganz unhaltbar. Zitate der Auslandspresse können nicht an dem Blatt geahndet werden, das sie reproduziert. Jede gewissenhafte Bericht-

erstattung aus dem Ausland wäre sonst getötet. Wollte der Polizeipräsident konsequent sein, so müßte er jetzt auch prompt „Berliner Börsen-Zeitung“ und „DAZ“ verbieten, die eben spaltenlang die im Ton schärfster Anklage gehaltenen Ausführungen des Senators-Eccard über Deutschlands heimliche Rüstungen abgedruckt und besprochen haben.

Grzesinski verbietet Arbeitersportabzeichen

Der Berliner Polizeipräsident hat, wie die „Welt am Abend“ mitteilt, dem Arbeitersportverein „Fichte“ ein Schreiben zugestellt, in dem ausgeführt wird, daß der Verein als ein politischer zu betrachten, das Tragen seines Abzeichens also verboten sei. Weiter wird der Sportverein „im Hinblick auf die kürzlich erschienenen Auslassungen der kommunistischen Presse“ ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder bei mildernden Umständen mit Gefängnis- oder Geldstrafe geahndet werden.

Das vom Sozialdemokraten Grzesinski erlassene Verbot rückt in ein besonderes Licht, wenn man daran denkt, daß vor einigen Tagen das Schnellschöffengericht Berlin einen Arbeiter, der wegen Tragens des gleichen Abzeichens festgenommen worden war, freisprach und das Abzeichen als nicht unter die Rubrik „politisch“ fallend bezeichnete.

Man hat also wieder einmal das betrübliche Bild, daß ein sozialdemokratischer Beamter glaubt ein proletarisches Abzeichen als politisch verboten zu müssen, das nicht einmal bürgerliche Gerichte, die doch durchaus nicht verdächtig sind, den Arbeiter-Sportorganisationen besonders zugetan zu sein, als politisch im Sinne der Notverordnung bezeichneten.

Daß der Berliner Polizeipräsident Abzeichen bürgerlicher Sportorganisationen, deren „politische Neutralität“ doch wirklich höchst fragwürdiger Natur ist (wir verweisen da auf das, was wir am Donnerstag unter der Überschrift „Wir sind unpolitisch“ in der Sportbeilage schrieben), davon haben wir noch nichts gehört.

aus Lausanne mit einem vollen Erfolg zurückkehrt, daß die Reparationslasten — oder wie man heute nur noch sagt, die „Tributlasten“ — auf absehbare Zeit verschwinden. Die Folge müßte ein Katzenjammer ungeheuersten Ausmaßes sein, denn die Illusionen, die heute an diese Möglichkeit geknüpft werden, müßten wie Seifenblasen zerplatzen genau wie auch der Silberstreifen, der mit dem Hoover-Moratorium heraufzog, kaum, daß er am Horizont erschienen war, sich in die Gewitterwolke der Juli-Zusammenbrüche verwandelte.

Nur kindlicher Wunderglaube oder bewußter Zweckoptimismus können die Erwartung wecken, daß die Streichung der Reparationsleistungen, selbst wenn sie hundertprozentig erfolgte, die Wirtschaftskrise beiseiten könnte. Eine nüchterne Betrachtung der Zahlen beweist das Gegenteil.

Das Kennzeichen der Wirtschaftskrise und das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 1931 ist der zunehmende Schrumpfungsprözeß der deutschen Wirtschaft. Das gesamte Volkseinkommen ist nach den Schätzungen des Statistischen Reichsamts von 76,1 Milliarden im Jahre 1929 und 68 bis 70 Milliarden im Jahre 1930 auf 50 bis 60 Milliarden im Jahre 1931 zurückgegangen. Auch wenn man annimmt, daß diese Angaben, da sie sich auf Ergebnisse der Steuerstatistik stützen, zu niedrig gegriffen sind, so dürfte sich doch an dem Verhältnis nichts Wesentliches ändern. Das gleiche Bild ergibt der Vergleich des volkswirtschaftlichen Umsatzes, der von 134,1 Milliarden im Jahre 1929 auf 105 Milliarden im Jahre 1931 zurückgegangen ist. Genaue Angaben über die gesamten Neuinvestitionen lassen sich noch nicht machen, alle Einzelzahlen beweisen aber, daß die Kapitaldecke erheblich verkürzt worden ist. So sind vom November 1930 bis November 1931 von den Aktiva der Kreditbanken die Barmittel und Guthaben bei anderen Banken von 1,5 auf 0,7 Milliarden, die Wechsel und Schecks von 2,8 auf 2,0, die Reports und Rembourskredite von 2,5 auf 1,5, die Debitoren von 7,8 auf 6,8 Milliarden zurückgegangen. In entsprechendem Umfang hat die Emissionstätigkeit abgenommen, der Kapitalstrom zu den Sparkassen, der im Jahre 1930 noch rund 1,4 Milliarden betragen hat, hat sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 in einen Abzug von mehr als einer Milliarde verwandelt.

Dieser Schrumpfungsprözeß ist die Folge der tiefstehenden Störungen des kapitalistischen Systems und des gerade durch Deutschland verursachten politischen Mißtrauens, und kann keineswegs, wie dies mit klarer Tendenz geschieht, allein auf die ausländischen Kreditabzüge zurückgeführt werden. Nach den Feststellungen des Basler Sonderausschusses betragen die infolge der internationalen Kreditkrise erfolgten Kreditabzüge in den ersten sieben Monaten des vergangenen Jahres insgesamt nur 2,9 Milliarden.

Nach dem Youngplan beträgt für das kommende Reparationsjahr der ungeschützte Teil der Annuitäten einschließlich Zinsendienst 696,7 Millionen, der geschützte und ungeschützte Teil zusammen 1738,3 Millionen.

Selbst wenn diese Schuld restlos gestrichen würde, machte das einen Bruchteil derjenigen Summen aus, die im Laufe des Jahres 1931 der deutschen Wirtschaft durch den Schrumpfungsprözeß verloren gegangen sind. Deutlicher noch wird dies an folgendem Beispiel: der Ausfuhrüberschuß hat sich seit 1929 von 0,1 auf 2,9 Milliarden erhöht. Diese 2,8 Milliarden, die der deutschen Wirtschaft im Laufe von zwei Jahren zusätzlich zugeflossen sind, haben die rückläufige Entwicklung nicht aufzuhalten vermocht, sie haben in keiner Weise ankurbelnd gewirkt. Wieviel weniger ist zu erwarten, daß die 1,7 Milliarden, wenn sie uns erlassen würden, mit einem Schlage alle Wirtschaftsnot bannen könnten!

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat auf diesem, wie auf allen anderen Gebieten die Aufgabe, den Parolen und Phrasen Klarheit und wirkliche Kenntnis entgegenzustellen. Sie erstrebt selbstverständlich die Zurückschraubung der Reparationslasten, aber sie muß mit aller Klarheit das eine aussprechen: soll die deutsche Arbeiterklasse nicht noch einmal durch die Periode der schwersten Enttäuschungen und Desillusionen hindurchgehen, so muß sie sich fernhalten von allen gefährlichen Ablenkungsmanövern, von welcher Seite sie auch an sie herangetragen werden mögen, muß sie sich besinnen auf den Kampfboden, auf dem sie in erster Linie den Kampf um ihre Lebensrechte zu führen hat — und das ist noch immer das Kampffeld, auf dem sie ihren Hauptfeind, den eigenen Kapitalismus, schlägt. Das Einschwenken in die Antireparationsfront bedeutet eine Verlegung ihres Aktionsfeldes auf das Gebiet, auf das der Klassengegner sie zwingen möchte, bedeutet eine Schwächung ihrer inneren Aktivität und kann nur zu neuen Katastrophen führen.

Nazi-Erfolg in Oldenburg. Nach den neuesten Mitteilungen sind für das nationalsozialistische Volksbegehren zur Auflösung des Landtages bisher 20 000 Einzelzeichnungen erfolgt. Damit ist die für die Durchführung des Volksentscheids notwendige Stimmenzahl sichergestellt.

Russisch-finnische Paktverhandlungen begonnen. Einer amtlichen Mitteilung aus Helsinki zufolge haben dort die Verhandlungen zwischen dem Sowjetgesandten und dem finnischen Außenminister über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes begonnen.

Kein Streik der Gasarbeiter Paris—London einig?

Aber 60 Prozent dafür — Klägliche Rolle der RGO

Die Abstimmung in den Berliner Gas- und Wasserwerken über die eventuelle Durchführung eines Streiks ist nunmehr abgeschlossen. Die Beteiligung war außerordentlich groß und erreichte 82 Prozent der Belegschaft.

Für den Streik wurden 60 Prozent der Stimmen abgegeben, da indessen nach den Satzungen des Gesamtverbandes eine Dreiviertelmehrheit notwendig ist, so wird es nicht zum Streik kommen.

Der Gesamtverband wird aber nicht umhin können, die durch die Abstimmung zum Ausdruck gekommene Ablehnung bei künftigen Verhandlungen entsprechend zu beachten. Bei der Bewertung des Stimmverhältnisses für und gegen den Streik ist zu beachten, daß die Berliner Gasarbeiter seit dem Februar 1922, also seit einem Jahrzehnt, überhaupt nicht mehr in Streik getreten sind, eine gewisse Scheu, diese Waffe wieder zu gebrauchen, erscheint darum begründet. Es wird darum Aufgabe der Opposition innerhalb der Gewerkschaftsmitglieder sein, diese Scheu zu durchbrechen und die Massen der Belegschaft von der Notwendigkeit von Arbeitskämpfen zu überzeugen.

Aus dem Abstimmungsergebnis geht hervor, daß der Streikwille in den Außenbetrieben stärker ist als in

den Werken. Fast in allen Außenbetrieben ergab sich die für den Streik notwendige Mehrheit.

Besonders bemerkenswert ist noch die Abstimmung im Gaswerk Lichtenberg, dessen Belegschaft zu mehr als zwei Drittel aus RGO-Anhängern besteht. In diesem Werk stimmte die Belegschaft, dessen Streikstimmung von der „Roten Fahne“ wiederholt als vorbildlich geschildert worden ist,

nur zu 40 Prozent für den Streik, so daß das Werk noch weit hinter dem erreichten Durchschnitt zurückbleibt. Von diesem Werk hatte übrigens auch die kommunistische Presse berichtet, daß SPD und SAP die Direktion zu einer Betriebsversammlung herbeigerufen hätte. Diese Behauptung ist eine Lüge. Tatsache ist, daß bei der Betriebsversammlung ein Direktor anwesend war und aufgefordert wurde, den Saal zu verlassen. Der betreffende Direktor hat es jedoch abgelehnt, dieser Aufforderung zu folgen und die Versammlung kurzerhand verboten, worauf die Anwesenden, die überwiegend aus RGO-Anhängern bestanden, ihrem revolutionären Elan durch fluchtartiges Verlassen des Saales Ausdruck gaben, ein Vorkommnis, das nach dem in diesem Werk erzielten Abstimmungsergebnis allerdings begründet wird.

Briand zurückgetreten

Vor der Gesamtdemission des Kabinetts?

Paris, 9. Januar.

Trotzdem eine amtliche Bestätigung zur Stunde nicht vorliegt, ist kein Zweifel mehr, daß Außenminister Briand sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat. Zwar habe Laval versucht, den Außenminister umzustimmen, aber schließlich dem Entschluß Briands nachgeben müssen. Laval habe dann den Außenminister gebeten (was wir schon vor geraumer Zeit als Plan des Ministerpräsidenten und seines Kabinetts bekanntgegeben haben. Red.), ein Ministerium ohne Portefeuille anzunehmen (Briand soll also als „Friedensminister“ das Prestige des Kabinetts stärken. Red.). Die Antwort auf diesen Vorschlag hat Briand nicht vorbehalten. Man rechnet mit der offiziellen Bekanntgabe der Demission nach der Beisetzung Maginots.

Der „Populaire“ glaubt, daß Laval selbst das Außenministerium und Tardieu das Kriegsministerium übernehmen werde. Allgemein nimmt man an, daß die Gesamtdemission des Kabinetts am kommenden Mittwoch dem Präsidenten der Republik angeboten wird.

Daß der Name Briand ein Programm bedeutet, haben wir bereits des öfteren ausgeführt. Die Kampagne gegen den Mann von Locarno wird Herrn Laval sicherlich teuer zu stehen kommen, wenn auch, um es noch einmal zu betonen, Briand seit dem deutsch-österreichischen Zollunionsplan an Ansehen und Bedeutung viel verloren hat. Wir glauben aber kaum, daß seine Zeit schon endgültig abgelaufen ist.

Schüsse auf italienischen Konsul

Persönliche, nicht politische Motive

Paris, 8. Januar

Auf den italienischen Konsul in Paris, Gentili, wurde am Freitagmorgen ein Revolveranschlag verübt, wobei der Konsul einen schweren Oberschenkelschuß erhielt. Der Täter, ein Lehrer der italienischen Schule in Paris, der aus persönlicher Rachsucht gehandelt haben will, wurde verhaftet.

Lausanne am 25. Januar

TU. Berlin, 9. Januar.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist zwischen sämtlichen beteiligten Staaten eine Einigung darüber erzielt worden, daß die Lausanner Konferenz am 25. Januar beginnen soll.

TU. Paris, 9. Januar.

Wie in gutunterrichteten Finanzkreisen zuverlässig verlautet, sollen die am Freitagabend aufgenommenen Verhandlungen zwischen dem Vertreter des englischen Schatzamtes, Sir Leith Ross, und dem französischen Finanzministerium bereits vor dem Abschluß stehen. Eine grundsätzliche Einigung zwischen London und Paris sei höchstwahrscheinlich.

In diesem Zusammenhang gewinnt besondere Bedeutung ein Reuter-Telegramm aus Berlin, das der Londoner Star unter der Überschrift „Deutschlands Ultimatum“ veröffentlicht. Danach handelt es sich um einen Besuch des englischen Botschafters Sir Horace Rumbold bei Reichskanzler Dr. Brüning am Freitag. Hierbei verständigte der Kanzler den englischen Botschafter davon,

daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft irgendwelche Reparationen zahlen könnte.

wenn das wirtschaftliche Leben der Welt wieder belebt werden sollte. Die deutsche Abordnung müsse auf der Lausanner Konferenz dringend für die vollständige Streichung der Reparationen eintreten. Wenn Deutschland von dieser Last befreit würde, so werde es in der Lage sein, seine privaten Schulden zur gegebenen Zeit zu bezahlen. Aber es könne unmöglich diese und die Reparationen zusammenzahlen.

Wie die TU. dieser Meldung ergänzend hinzusetzt, hat am Freitagnachmittag tatsächlich eine Unterhaltung zwischen dem Reichskanzler und dem englischen Botschafter über die Reparationsfrage stattgefunden. Der Reichskanzler habe dabei darauf hingewiesen, daß Deutschland nicht die Mittel habe, um die Reparationszahlungen fortzusetzen, jedoch sei dies nicht in der prägnanten Form, wie sie im Reuter-Telegramm geschildert werde, erfolgt.

Es gehört zum „Wunderbaren“ der deutschen Politik und Diplomatie, daß man auch dann noch versucht mit Illusionen Geschäfte zu machen, wenn diese längst nichts mehr sind als ein zerrissener Luftballon. Die von uns oft genug als Fehlspekulation charakterisierte Meinung, es sei möglich, zugunsten Deutschlands die privaten Gläubiger gegen die Reparationsgläubiger auszuspielen, wird hartnäckig noch festhalten, während die beiden Kontrahenten sich schon untereinander verständigt haben.

Japan-Kabinetts bleibt

Tokio, 9. Januar.

Der Kaiser hat den Rücktritt des Kabinetts nicht angenommen. Das Kabinetts bleibt weiter im Amt.

ELEND im Frankenwald

Von Alexander Graf Stenbock-Ferner

III.

Heimlich, in der Nacht, beim Mondschein, wandern die Arbeiter in den Wald. Wenn die Fichtenwurzeln, Reifen, Aeste mühsam herbeigeschafft sind, beginnt erst die eigentliche Arbeit des Schanzbinders. Die ganze Familie muß helfen. Die fertigen Körbe werden in Sachsen, auf den Märkten verkauft. Der Wochenverdienst liegt zwischen 10 und 12 RM. Hier ist der Durchschnittsverdienst einer Familie 60 RM. im Monat. Die Frauen verdienen in den Sommermonaten 5 bis 6 RM. in der Woche durch Beerenpflücken.

Furchtbare Wohnungsnot

Die Wohnungsverhältnisse sind erbärmlich. Viele Häuser sind völlig baufällig, die Decke hängt zerfetzt in die Stuben hinein, Decke und Wände sind verquollen und voller Risse, und doch werden diese Häuser bis in die Bodenkammern hinein von Menschen bewohnt. In manchen Häusern wimmelt es von Ungeziefer, von Wanzen und Schaben. In einer Wohnung sind Ratten.

Wir kommen in eine Kellerwohnung. Hier wohnen 7 Personen. Die Diele aus alten verfaulten Brettern liegt über einem Abortkanal. Ein bestialischer Gestank steigt durch die Bretter. Die sieben Menschen müssen Tag und Nacht diese Dünste einatmen. Die Wände sind feucht und schimmelig. Im Winter ist der Raum nie warm zu kriegen. Die Kinder sind immer krank.

Wir kommen in ein Zimmer, in dem 10 Personen ihr Leben verbringen.

In der Dachkammer stehen vier Betten. Wie in Enckenreuth sind die Dächer schadhaft und lassen Wind, Regen und Schnee hinein.

Aus einem Hause schlägt uns dicker, schwarzer Rauch entgegen. Wir glauben, daß es brennt. Aber die Frau kocht sich nur ihr Essen, der eiserner Ofen ist schadhaft und raucht. Kleine Kinder liegen im Bett und in einem Korb, der von der Decke hängt. Jeden Tag schlucken sie den Rauch. Die Frau hat fünf Kinder. Zwei Betten sind da. Die Decke hängt zerbröckelnd tief ins Zimmer hinein. Die Risse sind mit Zeitungen überklebt.

In einem Zimmer wohnen sechs Personen, die nur ein Bett haben. Der Großvater schläft auf der Ofenbank. Hier gibt es Ungeziefer.

Als wir in ein Haus hinein wollen, schlägt uns die Frau die Tür vor der Nase zu. Sie beugt sich zum Fenster hinaus, wir sehen ein spitzes, gelbes Gesicht mit hervorspringenden Zähnen, und schreit uns Schimpfworte zu. Dann schließt sie wütend das Fenster. Die Arbeiter erzählen mir, daß diese Frau die übelste Wohnung im Ort habe. Sie schlafe auf Lumpen und Stroh. Das Zimmer sei voll Ungeziefer und Ratten. Die Frau schäme sich einfach ihre „Wohnung“ zu zeigen.

Wir kommen in ein uraltes, baufälliges Haus, das dem Bürgermeister, einem Sägemühlenbesitzer, gehört, der die Wohnungen vermietet. In sieben kleinen, dunklen Räumen wohnen sechs Familien in drückender Enge. Jede Familie mußte sich einen eigenen, eisernen Ofen einbauen und trotzdem verlangt der Bürgermeister die unverhältnismäßig hohe Miete von 10 RM. monatlich. Unten im Flur an der Holzterrasse ist der Abort, der von allen Bewohnern des Hauses gebraucht wird. Der Abortgestank dringt durch das ganze Haus, in jedes Zimmer hinein. Wir steigen die wackelige, von Würmern zerfressene Holzterrasse hinauf. Die Bewohner folgen uns. Frauen tragen ihre Kinder. Kinder stehen herum, den Finger im Mund, mit aufgerissenen Augen. Die Männer sehen zu den Türen heraus, bleiche, eingefallene Gesichter.

Ein Herd von Krankheiten

Im oberen Stock treten wir in ein kleines, schmales Zimmer. Ein Bett nimmt die Hälfte des Raumes in Besitz. Im Bett liegt eine Frau. Im ersten Augenblick glaube ich: eine Leiche. Aber die Frau, eine 35jährige Frau eines Schanzbinders, hat

die Lungentuberkulose.

Seit einem Jahr liegt sie. Sie ist völlig ausgezehrt, die gelben Wangen eingefallen, ihre Augen, dunkel umrandet, tief in den Höhlen, haben einen erschütternden Ausdruck von Verzweiflung und Müdigkeit. Ihre Arme, dünne Knochenarme, hängen unter der Decke hervor, dicke, hellblaue Adern treten weit aus der Haut. Die kranke Frau muß das Bett mit ihrem Manne teilen. Der Schanzbinder ist geistig nicht ganz normal und bekommt epileptische Anfälle, die sich in der Woche dreimal wiederholen. Das einzige Kind, ein 7½ Jahre altes Mädchen schläft auf zwei Stühlen neben dem Bette der Mutter. Es darf nicht mehr im Bett schlafen, weil die Mutter Nachtschweiß hat. Der eiserner Ofen, der auch Küchenherd ist, raucht stark. Die Decke ist mit dickem, schwarzem Ruß belegt. In dem Raum arbeitet der Mann vom frühen Morgen bis in die Nacht. Die Frau ist in keiner Krankenkasse und erhält nicht einen Pfennig Unterstützung. Als halbe Arbeits-

kraft verdient der Mann in der Woche 4 bis 5 RM. Die Frau ist vollkommen arbeitsunfähig, und so haben diese drei Menschen tatsächlich nur 16 bis 20 RM. im Monat zum Leben!

Für das Zimmer wird 10 RM. monatlich Miete verlangt. Sie wären dabei schon lange verhungert, wenn nicht die Nachbarinnen hier und dort Essen gebracht hätten, heimlich, denn ihre Männer, die unterernährt sind, sehen das nicht gern. Und was für ein Essen! Kartoffeln, trockenes Brot, manchmal eine dünne Suppe.

Der Arzt hatte erklärt, daß die Frau höchstens noch ein Jahr leben kann in dieser Atmosphäre, bei dieser Verpflegung. Das Kind sei in ständiger Ansteckungsgefahr.

Der Geruch in diesem Zimmer ist zum Erbrechen. Vom Flur dringt der Abortgestank. Es riecht nach Menschenausdünstungen, nach Krankenschweiß und Rauch. Dieser Raum ist die Heimat für drei Menschen. Als ich die Tür öffnete, finde ich daneben an der Wand einen Spruch auf bunter Papp: „Laß draußen die Sorgen, nur Glück bring herein, hier bist du geborgen, hier bist du daheim.“

Ich will die Öffentlichkeit auf diese Arbeiterfrau aufmerksam machen, die durch Krankheit und Hunger dem sicheren Tod bestimmt ist, wenn sie nicht aus ihrer schrecklichen Umgebung herausgenommen wird. Ich will auf das siebenjährige Kind aufmerksam machen, das gezwungen ist, mit einer schwindsüchtigen Mutter und einem geistig gestörten Vater zusammen zu hausen, das ohne ausreichende Ernährung heranwächst und in steter Ansteckungsgefahr schwebt. Die Frau heißt Margarete Maier und wohnt in dem Hause Nr. 21 b im Dorfe Schwarzenstein im Frankenwald.

... und am Rande Berlins



Oben: Autoomnibusse, in denen dollarkräftige Yankees durch die einwandfreien Viertel Berlins gefahren werden, dienen später dem Proletariat als Wohnwinkel vor den Toren der Stadt. Da es sich nun mal um Fremdenverkehr handelt, empfehlen wir, den Rundfahrautos a. D. öfters bei den Rundfahrten einen Besuch abzustatten.

Unten: Zurück zur Natur! Vorbereitung auf das Dritte Reich: Germanen müssen in Hütten wohnen.

Anklage gegen den Kapitalismus

Ein versuchter Raubüberfall
Berlin, 9. Januar

Der 22jährige Arbeitslose Herbert Heise, der am 4. Januar einen Geldbriefträger berauben wollte und nur durch die Aufmerksamkeit einer Verkäuferin daran gehindert werden konnte, wurde Freitag dem Schnellöffengericht vorgeführt. Heise, bei dem eine Pistole, ein Schlagring und ein großer Schraubenzieher gefunden worden war, gestand, diese Waffen zu dem Zwecke des Ueberfalles bei sich getragen zu haben.

Als Grund schildert Heise, daß er aus Liebe zu seiner Mutter gehandelt habe, die infolge ihrer Ehescheidung und der wirtschaftlichen Notlage völlig zermürbt gewesen sei.

Als seine Mutter am 4. Januar exmittiert werden sollte, habe sie ihn beauftragt, Geld zu beschaffen. Heise gab an, im Augenblick der Verhaftung den Willen schon wieder aufgegeben zu haben. Das Schnellöffengericht verurteilte Heise wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz und die Waffenmißbrauchsverordnung zu einem Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt.

Seinen Gegner niedergeschossen

(Eigene Meldung der SAZ)

B. Dortmund, 9. Januar.

Der Schlosser Aloys Schulze von hier erschoss gestern nachmittag den Arbeiter Albert Milke, mit dem er wegen einer gerichtlichen Zeugenaussage seit langer Zeit in heftiger Feindschaft lebte. Schulze wurde von der Polizei festgenommen.

Wie ein Bergmann starb

Hirzenhain (Dillkreis), 9. Januar.

Der 25jährige verheiratete Bergmann Fritz Rehm von der unweit von hier gelegenen Grube „Amalia“, war beauftragt worden, fünf Pfund Dynamit aus der Sprengstoffhütte zu holen, die man zu Sprengungen in dem Tagebau der Grube brauchte. Auf dem Wege zur Grube kam Rehm mit seiner gefährlichen Last zu Fall, das Dynamit entzündete sich und Rehm wurde buchstäblich in Stücke gerissen.

8 Stunden lebendig begraben

(Eigene Meldung der SAZ)

B. Dortmund, 9. Januar.

Im benachbarten Castrop-Rauxel wurde der im Grubenbetriebe der Zeche „Graf Schwerin III“ beschäftigte Hauer Otto Fink durch Zubruchgehen der Strecke von seinen Arbeitskameraden abgeschnitten. Nach erst achtstündiger intensiver Arbeit konnte der Verschüttete geborgen werden. Es ist nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß Fink lebend und unverletzt blieb.

Vom Hochwasser

Deich bei Holtgast gebrochen

Emden, 9. Januar.

Der nördliche Deich bei Holtgast an der Oldenburgisch-ostfriesischen Grenze ist gebrochen. Besonders bedroht sind, da das Wasser unaufhaltsam hereinstromt, die Dörfer Holtgast, Bokel und Augustfehn, mit deren Ueberfluten gerechnet werden muß. Das Wasser strömt auf Detern zu, wo es die Fernstraße Oldenburg-Leer erreicht. Trotz angestrengtester Arbeit hat sich die Dammbrechstelle in kurzer Zeit bis auf 20 Meter verbreitert.

Keine Hochwassergefahr mehr im Westen?

Koblenz, 9. Januar

Mosel, Saar und Oberrhein sind im Fallen begriffen. Auch bei den rechtsrheinischen Flüssen scheint keine Hochwassergefahr mehr zu bestehen. Trotzdem ist seit gestern auf dem Main die Schiffsahrtssperre verhängt, weil die schiffbare Wasserlinie überschritten ist. Koblenz erwartet noch eine Flutwelle, die jedoch höchstens einen halben Meter erreichen dürfte. Heute morgen 9 Uhr zeigte der Pegel 5,14 Meter, bei einem stündlichen Steigen von 1 cm, auch bei Trier steigt das Wasser stündlich noch um 1 cm, dagegen haben Saarbrücken, Waldshut und Frankfurt fallende Pegelstände.

Hochwasser in Leningrad

Leningrad, 8. Januar.

Ein Zyklon im Finnischen Meerbusen verursachte gestern abend ein starkes Steigen der Newa, wodurch niedrig gelegene Teile von Leningrad überschwemmt wurden. Infolge der Vorkehrungsmaßnahmen wurde aber nur unbeträchtlicher Schaden angerichtet. Am Freitag früh ist das Hochwasser wieder zurückgegangen.

Schiffe in Eisnot

Helsingfors, 9. Januar

Zwei große lettische Dampfer sind im Finnischen Meerbusen bei Björköund in eine gefährliche Lage geraten. Dicke Packeismassen treiben die Schiffe gegen das Land. Der russische Eisbrecher „Krasin“ versuchte Hilfe zu bringen, konnte aber der Untiefe wegen nichts ausrichten. Auch mehrere andere Dampfer sind im Finnischen Meerbusen vom Eis blockiert.

Bukarest, 9. Januar

An der russischen Schwarzmeer-Küste ist eine mehrere hundert Kilometer breite Eiskecke entstanden, durch die die Schifffahrt unmöglich gemacht wird. Der Schiffsverkehr an der unteren Donau ist wegen starken Eisganges eingestellt worden.

Dammbruch in USA

Glendora (Mississippi), 8. Januar. Infolge eines Dammbruchs am Talahatchie-Fluß wurden 12000 Hektar Ackerland überschwemmt. Hunderte von Einwohnern sind unter Zurücklassung ihrer Habe und ihres Viehbestandes geflüchtet. Man fürchtet, daß viele Menschen den wütenden Fluten zum Opfer gefallen sind.

Vor dem Abschluß der ersten Postrakete

Nach einer Zeitungsmeldung sind die Raketenversuche des Osnabrücker Konstrukteurs Tilling nunmehr so weit gediehen, daß der Abschluß der ersten Postrakete von der Insel Wangerooog nach dem Festland in der Zeit zwischen dem 6. und 20. Februar erwartet werden darf. Dieser Raketenabschluß wird als Auftakt für größere Versuche angesehen. Die nächste Etappe wird möglicherweise bereits ein Postraketenabschluß nach England bilden.

Versuche mit Tillings Raketen, die Höhen von 8000 Meter erreicht haben sollen, werden im Laufe des Januar fortgesetzt. Für den Postraketenversuch wird der Erfinder eine neu konstruierte Rakete verwenden.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei

Prag, 8. Januar

Im heutigen Ministerrat wurde der Stand der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei zum Jahresende mit 48000 Personen gegen 337000 Ende November angegeben. Im Vorjahre betrug am Jahreschluß die Zahl der Arbeitslosen 240000. Man befürchtet, daß die beiden nächsten Monate noch eine wesentliche Verschärfung der Arbeitslosigkeit mit sich bringen werden.

Klares Programm!

Grundsätzliches zur Programmdiskussion Von Joh. Reichenbach

Am Beginn einer jeden Partei, die wie die SAP im wesentlichen aus einer Verneinung entstanden ist, aus wachsender Unzufriedenheit mit der Entwicklung, welche die frühere Partei genommen hatte, finden wir jenen Zustand, daß zunächst einmal Zusammenströmen die unterschiedlichsten Schichten, geeint vor allem in der Kritik und dem Willen, es anders zu machen. So war es auch bei der Entstehung der USP im Kriege, dann bei der Spaltung, die zur selbständigen kommunistischen Partei führte. In derartigen Prozessen wirken zwei Momente, die in einer dialektischen Gegensätzlichkeit sich nicht nur zum alten Parteikörper verhalten, sondern auch zueinander in einer solchen Wechselwirkung stehen: Der sich immer mehr verdichtende Widerstand entwickelt sich einerseits in einem ideologischen Klärungsprozeß, andererseits in sich allmählich verbreiternden organisatorischen Ansätzen. Die verschiedenen Parteispaltungen haben nun durchweg gezeigt, daß der Prozeß der Klärung — die Grundlage, um aus der „Verneinung“ eine „Bejahung“ abzuleiten, also das klar und prinzipiell herauszuarbeiten, was man positiv als gesamten Willensinhalt zu entwickeln hat — daß sich dieser Prozeß in einem viel langsameren Tempo, in immer wieder gehemmten, immer wieder falsche Nebenwege gehenden Formen abspielt, gegenüber dem Tempo, das zum organisatorischen Zusammenschließen drängt. Natürlich ist hierfür auch entscheidend das Verhalten der gegnerischen, der „alten“ Organisation, die häufig genug das Tempo und das Gesetz des Handelns bestimmt.

Ist dies nun einmal festzustellen, so ergibt sich für die junge Partei um so entscheidender die Notwendigkeit, diesen ideologischen Klärungsprozeß so schnell wie möglich ausreifen zu lassen. Denn durch rebellische, oppositionelle Einstellung zum bisherigen Parteigeschehen kann zwar — besonders ausgelöst durch den Apparatdruck — eine Partei entstehen, sie kann aber nicht bestehen und sich aufwärtsentwickeln, ohne die scharf umrissene Herausstellung der ideologischen Grundlagen. Besonders nicht in einer Zeit wie jetzt, die alle Gegensätze vor die Alternative „Entweder—Oder“ treibt, ist Raum für eine „Organisation, die vor dieser Aufgabe zurück-scheut und glaubt, im Verschleiern von Gegensätzen die Sehnsucht nach der größeren Zahl schneller befriedigen zu können. Diese Einstellung ist also in doppelter Hinsicht falsch: nicht nur hemmt sie den für die ganze Klasse — nicht nur für die Partei! — so notwendigen Prozeß der Klassenbewußtseinsentwicklung, sondern sie verhindert gerade das, was durch diesen Verzicht erreicht werden sollte: das Wachsen der Partei zur Massenorganisation.

Das sind die Tatsachen, die den Diskussionen über das Parteiprogramm, dem Kampf um seine Formulierungen zugrunde liegen. Das ist auch der Sinn des Wortes von Liebknecht: „Erst Wahrheit, dann Klarheit!“

In den Diskussionen in der Partei, wie vor allem in Kritiken, die andere Organisationen an der SAP üben, spielt die Frage eine größere Rolle, ob die SAP eine zentristische Partei wird. Man kann diese Frage nicht leicht abtun mit dem Hinweis, daß für den Zentrismus heute keine Möglichkeit mehr ist. Wir sagen schon — ganz gewiß ist nicht Zeit und Raum vorhanden für das Bestehen einer zentristischen Partei und für ihre Ausdehnungsmöglichkeit — für das Entstehen aber sind durchaus solche Möglichkeiten vorhanden, denn schließlich läßt sich ja die Wirkung der Politik von 10 Jahren Apparatherrschaft der SPD und KPD nicht von der Tafel der Geschichte wegwischen. Diese Wirkung, die geführt hat zur Gewöhnung der Massen an die Vorstellung, daß ihre Führer schon für sie stimmen und handeln. Wie alle gesellschaftlichen Vorgänge vertieft auch dieser nicht einseitig, in Richtung einer etwa nur wachsenden Opposition gegen das Apparatsprinzip, sondern andererseits wirkten diese Unruhen einschläfernd für die Entwicklung des Klassenbewußtseins, für das Wachsen der Erkenntnis, daß die Massen selber handeln müssen, daß ihnen kein Führer und keine Partei diese Aufgabe abnimmt.

Daher wird es die wichtigste Aufgabe des Programms sein, diese Bewußtseinsklärung zu fördern, ja, von dieser Aufgabe ausgehend, das Programm in allen seinen Teilen aufzubauen. Nur dann wird es die grundsätzliche Plattform, aus der Leben und Werden der Partei entwickelt werden muß. Kann dies nur geschehen durch innerparteiliche Demokratie, so gilt es, folgendes zu erkennen: Der Sinn und Zweck einer solchen Demokratie ist natürlich die Weiterentwicklung der Gesellschaft zu höheren Formen, sie dient einer Aufwärtsentwicklung. Daher ist sie erste Voraussetzung, daß das Programm sich in rückhaltloser Klarheit abgrenzt von allen Halbheiten und Rücksichtnahmen auf „nicht-wahre Genossen“, auf „Arbeiter, die noch nicht

so weit sind“ — und wie diese Formulierungen heißen, die häufig genug von denen ausgesprochen werden, auf die diese Feststellung in erster Linie selbst zutrifft. Wird das veräußert, so wirkt die Parteidemokratie nicht gesellschaftlich aufwärts, sondern gleichsam nach „unten“. Vor lauter Rücksichtnahme und Angst, „abzustoßen“, nicht in die Breite zu wachsen, vor lauter Verzicht der harten Klassenkampf-tatsachen auch die klaren Formulierungen zu geben, wird das eine nicht erreicht und das andere doch nicht vermieden. Abgetoßen aber werden dann gerade die proletarischen Elemente, auf die es ankommt, die revolutionären Arbeiter. Wir sehen also hier dieselbe Erscheinung, wie beim Problem der politischen Demokratie im gegenwärtigen Staat: ihre Unmöglichkeit liegt eben darin begründet, daß die Klassengegensätze überhaupt nicht auf eine demokratische Formel zu bringen sind. Daher die Tatsache, daß heute die Diktatur in ihrer Alternative Diktatur des kapitalistischen Staates oder Diktatur des Proletariats die historische Situation beherrscht.

In diesem Zusammenhang bekommt ja auch unsere Einstellung zu den sogenannten Übergangslösungen ihr besonderes Gesicht: es ist sehr leicht, eine Fülle von Forderungen aufzustellen, die an sich sehr berechtigt sind, eine Speisekarte von Wünschen aufzustellen, daß den Arbeitern beim Lesen das Wasser im Munde zusammenläuft. Es gibt hierfür ein sehr einfaches Rezept: Man nehme alle Forderungen der SPD und KPD, schlage fünfzig Prozent darauf — und wenn dann ein Programm vorliegt, das etwa so alles an Wunschträumen enthält — von der Beaufsichtigung der Banken, der Sozialisierung der Bergwerke und Truste bis zur Abschaffung der Heere, dann wundert man sich nur, daß nicht auch die Abschaffung des Hungers gefordert wird!

Daß das Ziel des Klassenkampfes die Machteroberung, die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft ist, der Aufbau der kommunistischen Wirtschaft, das muß im Programm gesagt werden, nicht aber sind Endziellosungen in die Form von Tagesforderungen einzukleiden, die man an wen? — an diesem Staat, an diese kapitalistische Gesellschaft stellt! Wir kennen den Einwand der hier einsetzt: im Stellen dieser gewiß nicht

erfüllbaren Forderungen soll der Kampf ausgelöst werden. Nun, diese Auffassung ist noch durch jede Praxis der Arbeiterbewegung widerlegt worden, sie hat immer nur dazu geführt, neue Illusionen in den Massen zu erzeugen, als sei es überhaupt entscheidend, derartige Forderungen in programmatischer Form an diesen Staat zu stellen. Ausgelöst aber sind noch alle Bewegungen — auch in revolutionärsten Zeiten — durch viel „becheidener“ Forderungen, die sich jeweilig aktuell aus der Situation ergaben. Was vor allem grundsätzlich im Programm Ausdruck finden muß, ist die Tatsache, daß es weniger entscheidend ist, welche Forderungen erhoben, als wie sie erhoben werden, an wen sie gerichtet und wie ihre Durchsetzung organisiert wird. Immer wieder muß im Programm zum Ausdruck kommen, daß es die Massen sind, die selber handeln müssen. Die Forderungen, die die Partei für das Proletariat erhebt, sind daher in erster Linie Forderungen, die sich an das Proletariat erhebt, die Entwicklung zum revolutionär geführten Klassenkampf auszulösen. Die Forderungen sind daher inhaltlich zu entwickeln aus der jeweiligen Situation. Daher ist unter Umständen eine im Betrieb organisierte Forderung gegen einen Lohnabbau, gegen eine Maßregelung von viel größerer Wirksamkeit als an sich berechnete Forderungen von Endziel-format. Allerdings eins gehört dazu: die revolutionäre Propaganda, der Hinweis auf die Unvermeidlichkeit des Kampfes um die Macht, auf die Unmöglichkeit für das Proletariat auszuweichen und doch zum Ziel zu kommen, oder auch nur der Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes zu entgehen. Deshalb ist es das erste Gebot, in den Betrieben Wurzel zu fassen in der Erkenntnis, die ja schon wiederholt in unserer Presse ausgesprochen wurde, daß nur in der Entwicklung zu großen Massenstreiks die Auslösung der neuen revolutionären Welle erfolgt. Ist im Augenblick auch noch die Passivität groß unter vielen Arbeitern, die sich an ihren Arbeitsplatz klammern, so wird doch die Entwicklung beweisen, wie der Kapitalismus die Ursache wird, daß die Gemeinsamkeit der Interessen von Arbeitslosen und Betriebs-

arbeitern erkannt wird. Dann werden die Massenstreiks entstehen und aus wirtschaftlichen in politische Streiks umschlagen. Dann wird wieder die Spontaneität der Massenbewegung einsetzen, die die Schöpferin der Revolution ist. Die aber nur dann zum Siege führt, wenn die anderen Komponenten, die der Vorbereitung auf diesen Zeitpunkt, politisch und organisatorisch in Angriff genommen ist.

„Jeder Schritt Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme, das sagt Marx gerade an der Stelle, an der er in schärfster Form an dem Programmentwurf des Gothaer Gründungsparteitags Kritik übt, weil dieser auch immer wieder zu viel Rücksichten auf alle möglichen Strömungen nimmt, und die scharfe und klare Abgrenzung gegen alle Halbheiten vermissen läßt. Entscheidend ist die dialektische Einheit von Theorie und Praxis: Schaffen wir ein Programm, das einen entscheidenden Schritt Bewegung auslösen wird!“

Die Einheitsfront des Proletariats

Was 1923 möglich war Und 1932?

Von der Zentrale der kommunistischen Partei ist folgender Beschluß gefaßt worden:

„Angesichts der großen Gefahr, die dem deutschen Proletariat und vor allem der sächsischen Arbeiterschaft droht, die das erste Angriffsziel des Faschismus bildet, hat die Zentrale der KPD beschlossen, alle Bedenken zurückzustellen und in die thüringische und sächsische Regierung einzutreten, um gemeinsam mit den thüringischen und sächsischen Sozialdemokraten die Arbeiterschaft zur Abwehr der faschistischen Gefahr zusammenzuschweißen. Die Zentrale der KPD ist davon überzeugt, daß die gesamte Arbeiterschaft im Reich die sächsische und thüringische Regierung verteidigen und verhindern wird, daß die Faschisten die sächsische und thüringische Arbeiterschaft niederschlagen.“

Beschluß im Oktober 1923.

Parteiwehr oder Klassenwehr?

Von Walter Fabian und Hans Ludwig Sierks, Dresden

Bei der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei stand von Anfang an im Vordergrund die Erkenntnis, daß die tiefe Kluft zwischen den beiden großen Arbeiterparteien durch die Schuld beider Seiten so tief geworden war, daß eine Einigung als Unmöglichkeit erschien. Infolgedessen war und ist es die höchste Aufgabe unserer Partei, der Schaffung der proletarischen Einheitsfront zu dienen. Die Arbeit an diesem Werk entspricht in gleichem Maße den Bedürfnissen der politischen Situation wie dem tiefsten Sehnen der Massen.

Dabei übersehen wir nicht die großen Schwierigkeiten, die praktisch der politischen Einigung entgegenstehen, Mauern des Hasses, die in mehr als 15 Jahren errichtet wurden, sind nicht in Wochen abzutragen. Grundsätzliche und taktische Meinungsverschiedenheiten sind auch bei gutem Willen nicht von heute auf morgen zu bereinigen.

Die Einigung der Arbeiterklasse wird am ehesten dort möglich sein, wo das Proletariat ohne Unterschied der Parteiauffassung in gleichem Maße von den gleichen Gefahren bedroht ist, wo sich also von selbst der Gedanke ergibt, über alle Parteimeinungen hinweg den Abwehrkampf gemeinsam zu führen. An solchen Stellen werden am ehesten Gebilde entstehen können, die ohne Bindungen an Einzelforderungen, wie sie politische Parteien aufstellen müssen, aufgebaut sind auf dem großen Gedanken des proletarischen Klassenkampfes, der Er kämpfung der proletarischen Diktatur als Übergangsstufe zur sozialistischen Gesellschaft.

Diese einheitliche Abwehr kann und muß sich bilden in den Betrieben und an den Stempelstellen — an Orten also, an denen die Arbeiter aller politischen Schattierungen zusammenkommen, diskutieren und über alle Meinungsunterschiede hinweg ihr gemeinsames Schicksal empfinden. Am deutlichsten aber spürt der Proletarier heute die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegenüber dem faschistischen Terror, dem keine Partei und keine einzelne Abwehrorganisation auf die Dauer gewachsen ist. Im Verlauf der letzten Monate hat sich immer wieder gezeigt, daß dort, wo einzelne Arbeiter oder eine Arbeiter-

gruppe von den Faschisten bedrängt wurden, unverzüglich die gemeinsame Abwehr dergestalt in Erscheinung trat, daß Reichsbanner, Antifa und Sozialistischer Schutzbund einander zu Hilfe eilten. Es besteht glücklicherweise kein Zweifel, daß die Arbeiter im Moment der höchsten Gefahr alles Trennende vergessen und Schulter an Schulter stehen werden; es ist aber die Aufgabe proletarischer Führung, nicht bis zum letzten Augenblick zu warten, sondern das notwendige Werk der Einigung psychologisch und organisatorisch vorzubereiten. Daß ein solches Zusammengehen selbst bei dem Vorhandensein starker politischer Gegensätze möglich ist, beweist am besten das Beispiel der proletarischen Hundertschaften, die 1923 in Sachsen gebildet wurden und in denen Kommunisten und Sozialdemokraten in treuer Kameradschaft, begeistert über die endlich gefundene Form des Zusammengehens, gemeinsam marschierten.

Die Erinnerung an diese Zeit ist noch heute in einem großen Teil des sächsischen Proletariats lebendig. Mit unter der Nachwirkung dieser Tradition hat sich wenige Tage nach der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei in Dresden der Sozialistische Schutzbund gegründet. Nicht etwa unter dem Einfluß einzelner Personen, sondern spontan aus dem Willen der Mitgliedschaft heraus wurde es als selbstverständlich angesehen, daß der Schutzbund zu gleichberechtigter Mitarbeit allen denen offenstehen muß, die gewillt sind, aus innerster proletarischer Überzeugung heraus für die Interessen der Arbeiterklasse ihr Letztes herzugeben. Zugleich war bei den Dresdner Genossen — nach den trüben Erfahrungen, die sie bei der SPD gesammelt hatten — der Gedanke innerer Selbstverwaltung des Schutzbundes in dem Sinne lebendig, daß sie einmütig die demokratische Wahl der unteren und mittleren Führerschaft festlegten.

Mit diesen Richtlinien hat der Sozialistische Schutzbund in Dresden und übrigens auch in einigen anderen Orten die besten Erfahrungen gemacht. Gerade der Gedanke der Ueberparteilichkeit hat in weitesten Kreisen, besonders der Sportler und der Jugend, außerordentlich werbend gewirkt, hat aber auch so manchen älteren Genossen,

der nach 1923 abseits stand, wieder als aktiven Mitkämpfer in unsere Reihen geführt. Damit ist der Sozialistische Schutzbund zugleich der günstigste Boden der Werbung für die Gedanken und für die Organisation der SAP geworden, so daß die große Mehrheit der Angehörigen des Schutzbundes und insbesondere die Funktionäre auf dem Boden der Sozialistischen Arbeiterpartei stehen. Es hat sich daher praktisch ohne jede Schwierigkeit das engste Zusammenwirken zwischen Schutzbund und unserer Partei ergeben.

Man wird heute noch nicht in allen Orten so vorgehen können, wie es in Dresden möglich war. Der Aufbau der proletarischen Einheitsfront erfordert nicht nur Energie und Vertrauen zur proletarischen Kraft, sondern auch besonnene Klugheit und gewissenhafte Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse. In anderen Städten wird man den Sozialistischen Schutzbund stärker parteipolitisch organisieren und dann eine überparteiliche Zusammenarbeit mit den anderen Abwehrorganisationen suchen müssen. Auf jeden Fall muß allgemein die einheitliche Abwehrfront, die proletarische Klassenwehr als Ziel unserer Arbeit im Auge behalten werden, wenn auch das Tempo, in dem wir uns diesem Ziele nähern, und die Wege, auf denen wir es erreichen, in den einzelnen Orten verschieden sein werden.

Es ist zu begrüßen, daß der Parteivorstand der SAP die Arbeit unseres Dresdner Schutzbundes, die in manchen Punkten von den Reichsrichtlinien abweicht, nicht behindert; der Parteivorstand unterscheidet sich dadurch erfreulich von den Methoden, die die Parteivorstände der SPD oder KPD anzuwenden belieben. Wir sind davon überzeugt, daß die Zeit für unsere Auffassung arbeitet, daß die politische Entwicklung der nächsten Monate den Arbeitern auch in vielen anderen Orten den Gedanken der überparteilichen Klassenwehr nahebringen wird. Die politische Führung der Sozialistischen Arbeiterpartei darf dieser Entwicklung nicht abwartend gegenüberstehen; im Interesse unserer Partei, im höheren Interesse der Arbeiterklasse muß sie alles fördern, was uns vorwärts führen kann zur roten Einheitsfront des deutschen Proletariats.

Frauenblatt der SAZ

Aus dem Gefängnis / Ein Brief Rosa Luxembürgs

Am 15. Januar werden es 13 Jahre, daß die Soldateska der Konterrevolution die größte und kühnste Führerin des Proletariats mordete. Am 15. Januar ist Rosa Luxemburg 13 Jahre tot. Zum Gedächtnis dieses Tages geben wir diesen Brief an Sonja Liebknecht wieder.

Wronke, den 20. Juli 1917

Sonitschka, mein Liebling!

Da mein Ableben hier sich doch länger hinzieht, als ich ursprünglich annahm, sollen Sie noch einen letzten Gruß aus Wronke kriegen. Wie konnten Sie denken, ich würde Ihnen keine Briefe mehr schreiben! In meiner Gesinnung Ihnen gegenüber hat sich nichts geändert, konnte sich nichts ändern. Ich schrieb nicht, weil ich Sie seit der Abreise von Ebenhausen im Trubel von tausenderlei Dingen wußte, zum Teil wohl auch, weil ich vorübergehend nicht in Stimmung war.

Daß es mit mir nach Breslau geht, wissen Sie wohl schon. Hier habe ich heute früh von meinem Gärtlein Abschied genommen. Das Wetter ist grau, stürmisch und regnerisch, am Himmel jagen zerfetzte Wolken, und doch habe ich meinen üblichen Frühspaziergang heute in vollen Zügen genossen. Ich nahm Abschied von dem gepflasterten, schmalen Weg an der Mauer entlang, auf dem ich nun fast neun Monate hin- und hergelaufen bin, in dem ich nun schon jeden Stein und jedes Unkrautlein, das zwischen den Steinen wächst, genau kenne. An den Pflastersteinen interessieren mich die bunten Farben: rötlich, bläulich, grün, grau. Namentlich in dem langen Winter, der so sehr auf ein bißchen lebendiges Grün warten ließ, haben meine farbenhungrigen Augen sich an den Steinen ein wenig Buntheit und Anregung zu schaffen gesucht. Und jetzt im Sommer erst, da gab es zwischen den Steinen so viel Eigenartiges und Interessantes zu sehen! Hier hausen nämlich massenhaft wilde Bienen und Wespen. Sie bohren zwischen den Steinen nußgroße, runde Löcher und weiter tiefe Gänge hinein, schaffen dabei die Erde von innen an die Oberfläche und schichten sie zu ganz hübschen Häuflein auf. Drinnen legen sie ihre Eier und arbeiten Wachs und wilden Honig; es ist ein beständiges Hineinschlüpfen und Herausfliegen, und ich mußte beim Spaziergehen sehr aufpassen, um die unterirdischen Wohnungen nicht zu verschütten. Dann ziehen an

mehreren Stellen die Amelisen quer über den Weg gerade ihre Pfade, auf denen sie beständig hin- und herlaufen, so auffallend gradlinig, wie wenn sie den mathematischen Satz im Leibe hätten, daß die gerade Linie die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist (was zum Beispiel primitiven Völkern völlig unbekannt ist). Dann wuchert das üppigste Unkraut an der Mauer; die einen Pflänzlein schon verblüht und in Flocken zerflatternd, die anderen unermüdlich weiter knospend. Dann gibt es eine ganze Generation junger Bäumchen, die in diesem Frühjahr unter meinen Augen auf der Erde mitten am Weg oder an der Mauer emporgesprossen sind; eine kleine Akazie, offenbar von einer heruntergefallenen Schote des alten Baumes heuer aufgekeimt. Mehrere kleine Silberpappeln, gleichfalls erst seit Mai auf der Welt, aber schon im üppigen Schmuck weißgrüner Blätter, die sie im Sturme zierlich wiegen, ganz wie die alten. Wievielmal habe ich ihren Weg durchmessen, wie Verschiedenes dabei innerlich erlebt und gedacht! Im strengen Winter, nach frischem Schneefall habe ich oft erst mit meinen Füßen mir einen Pfad gebahnt, dabei begleitet von meiner geliebten, kleinen Kohlmeise, die ich im Herbst wiederzusehen hoffte, und die mich nicht mehr finden wird, wenn sie an den bekannten Futterplatz am Fenster kommt. Im März, als wir mitten unter hartem Frost ein paar Tage Tauwetter kriegten, verwandelte sich mein Weg in ein Fließchen. Ich weiß noch, wie unter dem lauen Wind sich auf der Wasseroberfläche kleine Wellchen kräuselten, und die Backsteine der Mauer sich darauf lebhaft und blank spiegelten. Dann kam endlich der Mai und das erste Veilchen an der Mauer, das ich Ihnen schickte.

Wie ich so heute hinüberwanderte, betrachtete und sann, summete mir im Kopf immerzu der Vers von Goethe:
„Merlin der Alte im leuchtenden Grabe
wo ich als Jüngling gesprochen ihn habe...“

Sie kennen das ja weiter. Das Gedicht stand natürlich in gar keinem Zusammenhang mit meiner Stimmung und dem, was mich innerlich beschäftigte. Es war nur die Musik der Worte und der seltsame Zauber des Gedichtes, was mich in Ruhe wiegte. Ich weiß selbst nicht, woher es kommt, daß ein schönes Gedicht, besonders Goethe, bei jeder starken Erregung oder Erschütterung auf mich so

tief einwirkt. Es ist schon fast eine physiologische Wirkung, als wenn ich ein köstliches Getränk mit durstenden Lippen schlürfte, das mich innerlich kühlt und Leib und Seele gesund macht. Das Gedicht aus dem west-östlichen Divan, das Sie in Ihrem letzten Brief erwähnen, kenne ich nicht; schreiben Sie es mir bitte ab. Und noch eins möchte ich seit langem haben, das in meinem hiesigen Goethebändchen fehlt, „Blumengruß“. Das ist ein kleines Gedichtlein von vier bis sechs Zeilen, ich kenne es aus einem Wolffschen Lied, das unbeschreiblich schön ist. Namentlich der Schlussvers, etwa so:

„Ich habe sie gepflücket
In heißer Sehnsuchtsqual,
Ich habe sie ans Herz gedrückt
Ach, wohl eintausendmal!“

Das klingt in der Musik so heilig, zart und keusch, wie ein Niederknien in stummer Anbetung. Aber ich weiß den Text nicht mehr und möchte ihn haben.

Gestern abend, so um neun, habe ich noch ein herrliches Schauspiel gehabt. Ich bemerkte von meinem Sofa aus in der Fensterscheibe den leuchtenden Reflex einer rosa Farbe, die mich überraschte, da der Himmel ganz grau war. Ich lief zum Fenster und blieb wie gebannt stehen. Auf dem völlig grauen Einerlei des Himmels türmte sich im Osten eine große Wolke von so überirdisch schöner rosa Farbe, so allein für sich, losgelöst von allem, daß sie wie ein Lächeln aussah, wie ein Gruß aus unbekannter Ferne. Ich atmete wie befreit auf und streckte unwillkürlich beide Hände dem zauberhaften Bild entgegen. Wenn es solche Farben, solche Formen gibt, dann ist das Leben schön und lebenswert, nicht wahr? Ich sog mich mit den Blicken fest an das leuchtende Bild und verschlang jeden rosigen Strahl aus ihm, bis ich plötzlich selbst über mich auflachen mußte. Herr Gott, der Himmel und die Wolken und die ganze Schönheit des Lebens bleiben doch nicht in Wronke, daß ich von ihnen Abschied zu nehmen brauchte; nein, sie gehen mit mir fort und bleiben mit mir, wo ich auch bin, und so lange ich lebe.

Bald berichte ich Ihnen von Breslau, besuchen Sie mich dort, sobald Sie können. Grüßen Sie herzlich Karl.

Ich umarme Sie vielmals. Auf Wiedersehen in meinem neunten Gefängnis.

Ihre treue

Rosa.

möglichen Umbau der Krisensteuer. Wenn alle Kreise in demselben Maße herangezogen würden, wie die Lohn- und Gehaltsempfänger, wird der Mehrtrag allein auf 150 Millionen geschätzt. Auch Sparvorschläge haben wir gemacht: Eine erhebliche Kürzung der großen Pensionen und eine Kürzung des noch immer liebevoll geschonten Reichswehretats. Da die Regierung auf diese Forderungen nicht eingeht, mag sie die Mittel aus denselben Quellen herbeschaffen, aus denen immer wieder die Subventionen geschöpft werden, die der Privatwirtschaft zufließen! Die Arbeiterschaft wird die Arbeitslosenversicherung mit allen Mitteln verteidigen.

Vater Marx

Um das Herz kennen und lieben zu lernen, mußte man Marx, wenn er seine Bücher und Hefte zugeschlagen hatte, im Schoße seiner Familie und Sonntag abends im Kreise seiner Freunde sehen.

Er war ein zärtlicher, sanfter und nachsichtiger Vater. „Die Kinder müssen die Eltern erziehen“, pflegte er zu sagen. Nie hat sich in dem Verhältnis zwischen ihm und seinen Töchtern, welche ihn ungemein liebten, auch nur ein Schatten väterlicher Autorität geltend gemacht. Er befahl ihnen nie, sondern bat sie um das Gewünschte, wie um eine Gefälligkeit, oder er legte ihnen nahe, das zu unterlassen, was er verbieten wollte. Und doch dürfte nur selten ein Vater mehr Gehör gefunden haben als er. Seine Töchter betrachteten ihn als ihren Freund und gingen mit ihm wie mit einem Kameraden um; sie nannten ihn nicht „Vater“, sondern „Mohr“, ein Spitzname, den er wegen seines brünetten Teints und seines ebenholzschwarzen Haupt- und Barthaars erhalten. Dagegen nannten ihn die Mitglieder des Kommunistenbundes vor 1848 „Vater Marx“, obgleich er damals noch nicht sein dreißigstes Lebensjahr erreicht hatte.

Er brachte stundenlang damit zu, mit seinen Kindern zu spielen. Diese erinnern sich noch jetzt der Seeschlachten und Brände ganzer Flotten von Papierschiffchen, welche er für sie fabrizierte, und die er dann zu ihrem hellen Jubel in einem großen Wassereimer den Flammen überließerte. Sonntags ließen seine Töchter nicht zu, daß er arbeitete, er gehörte ihnen dann für den ganzen Tag. Bei schönem Wetter brach die ganze Familie zu einem langen Spaziergang über Land auf, unterwegs wurde in einfachen Schenken ~~Halt~~ gemacht, um Ingwerbier zu trinken und Brot mit Käse zu verspeisen. Als seine Töchter noch klein waren, verkürzte er ihnen den langen Weg, indem er ihnen nicht endenwollende phantastische Feenmärchen erzählte, die er beim Gehen erfand und deren Verwicklungen er der Länge des Weges entsprechend weiterspann und steigerte, so daß die Kleinen über dem Zuhören ihre Müdigkeit vergaßen. Marx besaß eine unvergleichlich reiche poetische Phantasie; seine literarischen Erstlingswerke waren Poesien. Frau Marx bewahrte sorgfältig die „ugendverse“ ihres Mannes auf, zeigte sie jedoch niemand. Paul Lafargue.

Hinweis auf eine Zeitschrift

Es gibt sehr wenig gute Frauenzeitschriften, die wir unseren Genossinnen empfehlen könnten. Wir machen sie aufmerksam auf die tapfere und von Dr. Helene Stöcker gut redigierte „Neue Generation“ (Verlag der Neuen Generation, Berlin-Nikolassee), die, ausgehend von den Problemen der Sexualreform und des Mutterschutzes, zu allen wichtigen kulturpolitischen Fragen von sozialistischen — nicht parteigebundenen — Standpunkt aus Stellung nimmt und einen guten Ueberblick über die aktuellen Fragen im In- und Ausland bietet. Auch die wichtigsten literarischen Erscheinungen, die für die Frauen von Bedeutung sind, werden fortlaufend besprochen.

Das Land der berufstätigen Frauen

Unter allen europäischen Ländern hat Finnland die meisten berufstätigen Frauen. Nicht weniger als 53 Prozent der finnischen Frauen üben eine bezahlte Tätigkeit aus. Darüber hinaus sind die Finninnen aber noch in den sogenannten „Lotta“-Verbänden zusammengefaßt, die sich soziale Tätigkeit und Hilfsdienst in allen möglichen Zweigen des öffentlichen Lebens zur Aufgabe gemacht haben.

Für den Aufbau der Parteiorganisation

brauchen wir Geld! Freiwillige Spenden werden daher jederzeit dankbar entgegengenommen.

Spenden für die Organisation sendet an Post-scheckkonto Leipzig Nr. 41679 Max Seydewitz

Kampf für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung

Von Käthe Frankenthal

Der nachfolgende Artikel, von der Genossin Frankenthal geschrieben, als sie noch der SPD angehörte, wurde von verschiedenen SPD-Redaktionen wegen seiner kritischen Haltung gegenüber der Partei zurückgewiesen. Wir veröffentlichen ihn wegen seines noch immer aktuellen Inhalts.

Von den verschiedensten Organisationen wird wegen der Notlage des Reichs und der Gemeinden die Außerkräftsetzung der Arbeitslosen-Versicherung für einige Jahre verlangt. Dieser Forderung hat sich auch der sozialdemokratische Oberbürgermeister Heimerich, Mannheim, in seinem Referat auf der Tagung des Vereins für öffentliche und private Fürsorge angeschlossen. Er geht von dem Gesichtspunkt aus, daß es ungerecht ist, langfristige Erwerbslose schlechter zu stellen als diejenigen, die noch nicht so lange leiden. Aber die Tolerierungspolitik nach der September-Wahl wurde stets damit begründet, daß noch große Errungenschaften zu verteidigen seien, wobei die Arbeitslosen-Versicherung mit in vorderster Linie stehe!

Daß der Arbeitslose für die von ihm geleisteten Beiträge einen Rechtsanspruch auf einen bestimmten Satz hat, ohne daß er sich sofort eine hochnotpeinliche Untersuchung gefallen lassen muß über die Größe seiner Notlage und das Minimum dessen, was er unbedingt zum Leben braucht, ist ja an sich ein Vorteil. Es kommt aber hinzu, daß eine „Vereinheitlichung“ doch nie etwas anderes bedeutet, als eine Angleichung an die schlechtesten Sätze, das bedeutet eine weitere Einengung des Lebensstandards der Arbeiterschaft.

Gerade diesen Tendenzen, die jetzt auf dem Gebiet der Lohn- und Sozialpolitik bemerkbar sind, muß mit der Entschlossenheit begegnet werden, keine Position ist kampflos aufzugeben! Der große Sozialaufwand, auf den so oft hingewiesen wird, ist keineswegs ein Zeichen dafür, daß die Lebenshaltung besser gesichert ist, sondern er ist ein Zeichen der unbeschreiblichen Not! Ihm steht gegenüber der Verlust an Lohn durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, der schon im letzten Jahre auf

3¼—4 Milliarden beziffert wurde. Die Arbeitslosigkeit ist inzwischen weiter gestiegen, Kurzarbeit ist schon beinahe die Regel, dazu kommt die Lawine des Lohnabbaus. Den Milliarden für Sozialaufwand stehen entgegen die Milliarden an Lohnausfall, der Anteil der Arbeiterschaft an dem Ertrag der Arbeit ist nicht größer, sondern geringer geworden!

Löhne und Versicherung, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung werden fortlaufend abgebaut, trotz der klaren Erkenntnis, daß der Durchschnitt der Arbeitenden schon am Existenzminimum angelangt ist, und die Unterstützten ein ausreichendes Existenzminimum nicht mehr haben.

Die Versicherung erfüllt ihren Zweck nicht mehr, weil schon zu viel abgeröckelt ist, durch Erschwerung der Anwartschaft und Abbau der Leistungen. Aber immerhin ist die Versicherung noch ein Riegel! Wird der Riegel fortgeschoben, so sinken sofort über 1,2 Millionen Menschen, die noch Ansprüche an die Versicherung haben, in das Elend der Wohlfahrt herab, und ein Millionenheer von völlig verelendeten Arbeitslosen verfehlt selbstverständlich nicht die Rückwirkung auf die Löhne der noch in Arbeit Stehenden.

Solche Bestrebungen machen sich jetzt schon stark bemerkbar. So hat die Stadt Berlin den Begriff der „Notgemeinschaft“ eingeführt, zu der alle in einem Haushalt befindlichen Personen gehören sollen, auch wenn sie nicht unterhaltspflichtig untereinander sind.

Wer also einen Fremden in seinem Haushalt aufnimmt, oder wer in einem fremden Haushalt aufgenommen wird, läuft Gefahr, bei einsetzender Bedürftigkeit zu den Lasten herangezogen zu werden, die die Allgemeinheit zu tragen verpflichtet wäre.

Man hat schon oft erwogen, die Unterhaltspflicht generell zu erweitern, mindestens sie auf Geschwister und Schwiegereltern resp. -kinder auszudehnen. Eine „Stärkung des Familiensinnes“, die manche von solchen Maßnahmen erhoffen, würde wohl sicher nicht eintreten, viel eher würden sie wohl eine Unmenge von

Familienzerwürfnissen und Feindschaften verursachen. Vor allem heißt es aber die Einkommensverhältnisse der Masse des Volkes vollkommen falsch einschätzen, wenn man glaubt, man könne durch Bedürftigkeitsprüfung und weitere Heranziehung der Familien eine wesentliche Entlastung der Versicherten erzielen, ohne daß dabei schwere, unsoziale Härten eintreten!

Immer wieder wird auf einzelne Mißbräuche hingewiesen, so z. B. daß auch die nächsten Angehörigen eines Bankdirektors mit Rieseneinkommen Ansprüche an die Versicherung geltend machen können. Solche Fälle haben eine verhängnisvolle Auswirkung, nicht etwa auf den Etat der Reichsanstalt, für den sie gar keine Rolle spielen, aber wegen des geradezu unerhörten Mißbrauches, der in der Agitation gegen die Arbeitslosenversicherung mit ihnen getrieben wird! Wer den Papst zum Vetter oder den Bankdirektor zum Vater hat, wird in den seltensten Ausnahmefällen das Heer der Erwerbslosen vergrößern und den unerquicklichen, stundenlangen Aufenthalt auf dem Arbeitsamt aus eigener Erfahrung kennen. Die große Masse der Erwerbslosen stammt aber aus dem Proletariat und in diesen Kreisen haben in den meisten Fällen die Angehörigen selbst durch Arbeitslosigkeit oder schlechte Arbeitsbedingungen schwer zu kämpfen. Aufhebung des Versicherungsprinzips und Durchstößung der Einkommensverhältnisse der ganzen Familie mit dem Ziele, der Familie die Sorge für den Arbeitslosen mit aufzubürden, würde zwar finanziell einen sehr geringen Erfolg haben, um so größer wären aber die entstehenden Härten und im Endeffekt käme es nur auf eine Entlastung der Allgemeinheit und auf neue, schwere Belastung der Arbeiterschaft hinaus.

Schon die Tatsache, daß bei Jugendlichen und verheirateten Frauen das Versicherungsprinzip durchbrochen ist, wirkt sich in vielen Arbeiterfamilien verhängnisvoll aus.

Zur Beschaffung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung können genügend Vorschläge gemacht werden. Es sei nur erinnert an den

Mainz

Der Einheitsstaat marschiert. Doch nur bei der Kriminalpolizei. In Mainz hat die SAP in der Emmeranstraße 22 eine Geschäftsstelle mit Zeitschriften- und Büchertrieb eingeweiht. Dort wurde auch die von der Friedensgesellschaft herausgegebene Broschüre „Wer war Schlagerer?“ vertrieben, die nach dem neuesten Severingschen Verbot für Preußen einen starken Absatz fand. Doch des Gesetzes Auge wacht und ist überall. Severings Konzeption an die Nazis wirkte sich über die Grenzen seines Landes hinaus aus: auch bei uns verfolgte er die Broschüre. Obwohl nun die hessische Regierung bisher die Broschüre noch nicht verboten hat, erschienen plötzlich am Freitag in der SAP-Geschäftsstelle zwei hessische Kriminalbeamte, um nach Vorzeigen der preußischen Verbotssanktionen die vorhandenen Broschüren zu beschlagnahmen. Man sieht, wie weit der Einheitsstaatsgedanke bei den SPD-Positionsbeamten schon fortgeschritten ist. Man fragt sich nur noch, warum Hessen zur Zeit noch einen eigenen Polizeiminister hat, wenn Preußens allgewaltiger Severing auch über die hessische Polizei verfügen darf.

Solingen

SJV Groß-Solingen gegründet. Wir hatten schon vor einiger Zeit, zum Verdruss des „Volksblattes“, darüber berichtet, daß im Ortsteil Ohligs der größere Teil der SAJ zu uns übergewandert sei. Nunmehr hat sich die erwartete Ausbreitung dieser Bewegung auf ganz Solingen ausgewirkt: Am vergangenen Mittwoch ist der SJV Groß-Solingen mit etwa 45 anwesenden Mitgliedern aus allen Stadtteilen Solingens gegründet worden. Den letzten Anstoß gab die plumpe und ungeschickte Art, mit der man den langjährigen Führer der Solinger Parteijugend, den Genossen Schroth, aus der SPD hinausdrängte, weil er auf der letzten Unterbezirkskonferenz gewagt hatte, die Notverordnungspolitik der SPD zu kritisieren. Wie wir wissen, hat selbst das Bezirkssekretariat die hiesigen SPD-Bürokraten scharf gerüffelt wegen ihres dummen Vorgehens im Falle Schroth; denn mit ihm haben sofort die besten und aktivsten Funktionäre ihren Austritt aus der SAJ vollzogen. Die Gründungsversammlung war insbesondere für die als Gäste teilnehmenden Parteifunktionäre eine wahre Freude. Die Klarheit, Sachlichkeit und Diszipliniertheit der gesamten Verhandlungen zeigte auf den ersten Blick, daß hier die Elite der Solinger Jugend versammelt war. In kürzester Frist war die Konstituierung vollzogen. Orts- und Stadtgruppenvorstände wurden einstimmig gewählt. Sodann sprach Genosse Schroth über die Arbeit im SJV. An der abschließenden Entwicklung der SPD-Politik von der verleugneten Panzerkreuzerparole bis zur letzten Notverordnungstolerierung wies er nach, daß in dieser Partei eine politische Willensbildung und eine Einreihung der Jugend in den Klassenkampf nicht mehr möglich sei, und bekundete den Willen der anwesenden Jugend, in der neuen Partei in zielklarer, freier und lebendiger Entwicklung am Befreiungskampf der Arbeiterklasse teilzunehmen. Der Ortsgruppenvorsitzende der SAP begrüßte mit freudiger Anerkennung die neue Jugendgruppe, mahnte zu zielbewußter Arbeit an sich selbst und wies auf die Grundsätze der SAP hin, die der Jugend volle Freiheit und sorgsame Förderung verbürgen. Mit einem gemeinsamen Lied schloß die Versammlung, die einen bedeutsamen Schritt vorwärts darstellt in der Entwicklung des hiesigen „Spaltergruppchens“.

Senkung der Tarife? Die Industrie- und Handelskammer zu Solingen hat Herrn Bürgermeister Brisch in wiederholten Besprechungen darauf hingewiesen, daß mit Rücksicht auf die überaus schwierige Lage von Industrie und Handel eine baldige Senkung der Werktarife, insbesondere für Gas und Strom, dringend erforderlich sei. Wie wir erfahren, hat Bürgermeister Brisch darauf geantwortet, daß er den Standpunkt der Industrie- und Handelskammer vollkommen zu würdigen wisse und daß seine Bemühungen darauf gerichtet seien, den Wünschen von Industrie und Handel, trotz den mit Rücksicht auf die Gemeindefinanzen bestehenden Schwierigkeiten, so bald als möglich Rechnung zu tragen. Er beabsichtige, in der ersten Hälfte des Monats Januar die neuen Aufsichtsräte der Werkgesellschaften, denen die Entscheidungen in diesen Fragen vorbehalten sei, zusammenzurufen. Auch schwebten Verhandlungen mit dem Rhein-Westf. Elektrizitätswerk. Er hoffe, daß im Laufe des Monats Januar sich eine Entscheidung herbeiführen lasse. — Die Wünsche der Industrie wird man natürlich weitgehend berücksichtigen, stehen aber Wünsche der Kleinverbraucher zur Beratung, „dann muß man erst die Finanzlage der Stadt berücksichtigen und prüfen, ob eine Senkung möglich sei; denn die Frage der Preissenkung sei als äußerst schwierig zu bezeichnen“, heißt es in einem Bericht des „Volksblattes“ über die letzte Mitgliederversammlung der SPD. Auch der Bürgermeister, „Genosse“ Brisch, vertrat diese Ansicht. Ja, ja, er hat auch als Sozialdemokrat nicht die Aufgabe, der Arbeiterschaft zur Seite zu stehen in ihrem Kampf um die Verteilung der Lasten dieser Krise, sondern seine größte Sorge muß immer sein, den Etat, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Das Proletariat hat allerdings von dieser Sorte Staatsmänner bald genug.

Unsere Parteigassen, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, werden nochmals auf die Branchenversammlungen aufmerksam gemacht. Auf der Tagesordnung aller Versammlungen steht die Neuwahl der Branchenleitungen.

KJ-Bürokratie sabotiert die Einheitsfront der revolutionären Jugend

Auf den Aufruf des SJV Hamburg zu gemeinsamen Aktionen gegen den Faschismus sind zuzugewandene Antisowjetler von der KJO und von der Arbeitgemeinschaft proletarischer Jugendorganisationen eingegangen. SAJ, FGJ, Turner und Jungbanner haben bisher nicht geantwortet.

Der KJVD hat eine Antwort erteilt, die jeden ehrlichen Jungproletarier mit Enttäuschung erfüllen muß. Nur drei Sätze aus diesem Brief:

„... stellen wir fest, daß es garnicht Ihrer (!) Initiative entsprungen ist, eine Versammlung für den Kampf gegen den Faschismus vorzuschlagen, sondern auf Anweisung Ihrer Reichsleitung.“ ... „Wir erklären mit aller Deutlichkeit, daß wir es ablehnen, mit Renegaten des Kommunismus, die nur ein Dutzend Mitglieder in Hamburg haben, die ihre Aufgabe nur darin erblicken, den Kampf gegen die KPD und den KJVD mit allen Gemeinheiten zu führen und heute bereits praktisch im Lager der Konterrevolution stehen, eine gemeinsame Versammlung zu machen.“

„Im übrigen fragen wir, ob Sie berechtigt sind, im Auftrage des SJVD zu sprechen. Wie uns bekannt ist, verlangt ein bedeutender Teil Ihrer Organisation die Auflösung des SJVD und der SAP und die Überführung in die KPD und den KJVD. Vielleicht wollen Sie Ihre Stellung dazu äußern.“

Also weil die Aufforderung nicht der Initiative unserer Hamburger Jugendgenossen,

sondern der der Reichsleitung der SJV. entsprang, ist der Versuch, in Hamburg an der Vorbereitung der Einheitsfront der proletarischen Jugend mitzuwirken, verwerflich. Erstens wäre es unseres Erachtens nicht ein Fehler zu nennen, wenn diese Aktion reichsweit eingeleitet worden wäre, zweitens sei aber zur Beruhigung der KJ gesagt, daß diese Einleitung durch das Reich gar nicht mehr nötig war, weil hier etwas durchgeführt wird, was spontan in allen Orten, wo es einen SJV gibt, gleichzeitig entstanden ist, ein Zeichen für die enge Verbundenheit und die Einheitlichkeit des Willens innerhalb des SJV.

Der verwerflichste Satz in der Antwort ist der zweite oben zitierte. Niemand wird eine Einheitsfront des Proletariats schaffen, der zum Morgenkaffee und Abendbrot dem heiligen Stalin drei vermeintliche „Renegaten“ opfert. Entweder man erkennt an, daß es außerhalb der KPD-Grenzen noch große Massen ehrlich revolutionärer Proletarier, und solcher, die für den revolutionären Gedanken und die revolutionäre Tat zu gewinnen sind, gibt, dann ist das Renegatengeschimpfe eine Gefahr für die Einheitsfront, oder aber man glaubt, daß nur derjenige mit dem notwendigen Tropfen revolutionären Oils gesalbt ist, der in der KPD steht, dann muß man damit rechnen, daß die kommunistische Einheits-

frontparole eben nur bei denen von Wirksamkeit ist, die ohnehin schon in der KPD organisiert sind.

Und der dritte Satz? Nun, er ist der abscheulichste Hohn auf alle proletarische Ehrlichkeit und Kameradschaftlichkeit. Seit Gründung des Hamburger SJV und SAP betreiben die Kommunisten in unseren Reihen die üble Methode des Zellenbaus und des Spitzelwesens. Der äußerliche „Erfolg“ ist ein Antrag der mit diesen Maßnahmen in Zusammenhang stehenden Genossen, zum KJVD bzw. zur KPD überzutreten. Dieser Antrag wird in der nächsten Mitgliederversammlung des SJV diskutiert werden und im Anschluß daran wird eine reinliche Scheidung folgen. Es sei schon jetzt festgestellt, daß wir diejenigen, die den SJV dann verlassen werden, nicht als einen Verlust für uns betrachten werden, sondern ihren Austritt lediglich — um einmal im Jargon der Kommunisten zu reden — als Liquidierung einer überflüssigen „Filiale“ der KPD ansehen.

Alle revolutionären Jungarbeiter aber wissen, woran sie mit der Hamburger KJVD-Bürokratie sind. Sie wissen, daß die Einheitsfrontparolen der KPD-Bürokratie — daß die kommunistischen Arbeiter es ehrlich meinen, daran zweifeln wir keinen Augenblick — irreführend sind, daß die KPD-Bürokratie, wenn sie Einheit ruft, in Wirklichkeit meint: Wieviel Mitglieder erba ich dabei? Die Einheitsfront wird nicht durch die verschiedenen Bürokratien geschmedet, sie wächst in den Betrieben und Stempelstellen, von unten her!

F. B.

Werbt für die SAZ

Herford

Wir führen das Proletariat zur Einheitsfront. Am 8. Januar fand im großen Saal des Volkshauses in Herford die erste öffentliche Versammlung der SAP statt. Vor ungefähr 350 Personen der verschiedensten Parteirichtungen referierte Genosse Portune aus Frankfurt a. M. über Weg und Ziel der SAP. Nach Eröffnung der Versammlung widerlegte der Versammlungsleiter vorerst ein durch hiesige SPD-Funktionäre verbreitetes unwahres Gerücht, nach dem unsere lippischen Genossen bei den kommenden Wahlen am 10. d. M. Wahlenthaltung üben wollten. In der sehr lebhaften, aber sachlichen Diskussion, für die dem SPD- und KPD-Redner je eine halbe Stunde Redezeit bewilligt war, wurde ausgiebig gesprochen. Die Not der Stunde wurde allen bewußt, und es reifte augenscheinlich in allen proletarischen Herzen das Gefühl der Verbundenheit mit der Klasse heran. Im Schlußwort zeigte Genosse Portune praktisch den Weg zu einer Einigung des Proletariats. Die Bildung von gemeinsamen Aktionskomitees zur Bekämpfung des Faschismus sei gangbar und bereits an vielen Orten Deutschlands erfolgt. Mit der Mahnung an alle Ausgebeuteten, den Parteiegoismus auszuschalten, um dem Klassengegner eine gemeinsame Abwehrfront entgegenstellen zu können, schloß der Referent seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Unsere noch junge Ortsgruppe konnte einen vollen Erfolg buchen.

Detmold

Totschlag in Hohenhausen. Am Donnerstagabend fanden Passanten in der Nähe von Hohenhausen die Leiche des Girokassenrentanten Weierhenrich. Offenbar lag Totschlag vor. Als vermutlicher Täter wurde der Metzger Petri festgenommen. Weierhenrich soll sich geweigert haben, fällige Wechsel des Petri zu verlängern.

Hamburg

Smal Einheit. Zwei Sätze vom gleichen Tage: Das sozialdemokratische „Echo“: „Der Hauptkampf, der Angriffskampf der Sozialdemokratie, richtet sich gegen den Faschismus. Zu diesem Kampf ruft die Sozialdemokratie alle Werktätigen, ob Arbeiter, ob Bauern, ob Angestellte oder Beamte, auf unter Zurückstellung aller taktischen und untergeordneten Differenzen eine wahre Einheitsfront, die eiserne Front gegen den Faschismus zu bilden!“ Resultat: Eiserne Front! Rot Guß! — Die kommunistische „Volkszeitung“: „Der Faschismus kann nur durch die Bourgeoisie und die brutale Politik der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse mit verschärften faschistischen Methoden nur durchzuführen, wenn es der SPD und ihrer „linken“ Filiale gelingt, den Kampf der Arbeiterklasse zu sabotieren, den Streikbruch erfolgreich durchzuführen, die sich anbahnende proletarische Einheitsfront unter kommunistischer Führung zu zerschlagen.“ Resultat: Kommunistische Führung! Rot Front! — Ein Satz aus der „SAZ“ vom 1. Januar: „Anknüpfend an die Nöts des Tages im Betrieb, anknüpfend an jeden Funken Kampfenergie, der heute noch im Proletariat zu finden ist, müssen unsere Genossen landauf, landab gemeinsam Aktionen der Proletarier der verschiedensten politischen Bekennnisse herbeiführen suchen — im größtmöglichen Maßstab, wo es möglich ist, im bescheidensten, wo größeres heute noch nicht gelingt. Vor allem werden sie versuchen müssen, die überwertelichen Massenorganisationen, die Gewerkschaften in erster Linie, in Bewegung zu setzen. Überall gilt es die

Form zu finden, in der ein möglichst großer proletarischer Kreis zur gemeinsamen Aktion zu gewinnen ist.“ Proletarier und Jungproletarier Hamburgs! Entscheidet zwischen starrem Apparat und lebendiger Bewegung, zwischen Organisationsegoismus und Willen zur Klassenfront!

Elmshorn

Sozialistischer Schutzbund gegründet. Auf der letzten Mitgliederversammlung der Partei wurde nach einem Referat des Genossen Gutmann, Hamburg, ein Sozialistischer Schutzbund ins Leben gerufen. Die Leitung der Abteilung liegt vorläufig in Händen des Genossen Hans Thies, Elmshorn, Gärtnerstraße 95. — In der Versammlung konnten für die Partei sieben neue Mitglieder aufgenommen werden. Ein Sozialistischer Jugendverband wurde schon vor einiger Zeit gegründet. Es geht langsam, aber sicher, vorwärts! — Infolge Arbeitsfülle mußte eine Arbeitsteilung vorgenommen werden: SAP-Ortsgruppenleitung: Otto Muhr, Elmshorn-Langeloh, Hainholzer Straße, SJV-Leitung: Ernst Ludwig, Elmshorn-Hainholz, Holzweg 7; Schutzbundleitung: Hans Thies, Elmshorn, Gärtnerstr. 95; Zeitungs- und Literaturobmann: Hermann Bendt, Elmshorn-Hainholz, An der Bahn 11. Der Genosse Bendt nimmt Bestellung für „SAZ“, „Norddeutsche Fackel“, „Klassenkampf“ sowie die „Roten Bücher“ entgegen. Die Broschüren, herausgegeben vom Parteivorstand, sind ebenfalls bei ihm erhältlich.

Köln

Wir greifen an! Nach einem Beschluß unserer letzten Funktionärsitzung wird in diesen Tagen eine großzügige Werbung für Partei und Presse durchgeführt. 400 Stück des „Kampfsignal“ sollen planmäßig verteilt werden. Unsere Funktionäre werden beweisen, daß der alte Idealismus im Kampf für die Klasse noch lebt. Ergänzt wird diese Aktion noch durch eine öffentliche Versammlung, die in der zweiten Januarhälfte abgehalten wird.

Generalversammlung der Naturfreunde-Ortsgruppe. In der Generalversammlung konnte ein Jahresbericht abgegeben werden, der von rühmiger Arbeitseifer der kleinen Gruppe Zeugnis ablegte. Am 28. durchgeführten Wanderungen beteiligte sich 52, an 6 Diskussionsabenden 181 und an 27 Vortragabend 538 Mitglieder. Rechnet man die übrigen Veranstaltungen hinzu, so ergibt sich eine Zahl von 166 Veranstaltungen und 2322 Teilnehmern. Bei 45 Mitgliedern sind 50 Prozent politisch organisiert, und zwar 13 bei der SAP und 6 bei der SPD. Wertvolle Arbeit wurde geleistet auf dem Vereinsgelände in Deep. Leider konnte infolge der Krise und der Bankkrachs der Bau des Ferienheims nicht vollendet werden, doch ist Hoffnung vorhanden, daß in diesem Jahr das Werk gelingt. Die Mitgliederzahl hat sich von 86 auf 45 erhöht. Nicht so rosig wie der Bericht über die Vereinsarbeit ist der Kassenbericht; die Krise hat sich hier besonders schwer ausgewirkt. Der alte Vorstand wurde mit Mehrheit mit notwendigen Ergänzungen wiedergewählt.

Fransburg

Die Auflösung der Aufbauschule und des Amtsgerichts hat die Bevölkerung der Stadt in berechtigter Weise in helle Empörung versetzt. Diese Maßnahmen bedeuten tatsächlich den Ruin der Stadt. Eine Protestversammlung ist bereits vom Magistrat einberufen worden.

Treptow

Aufenthaltsraum für Erwerbelose. Der Magistrat hat im früheren Krankenhaus einige Räume für die Erwerbelosen eingerichtet. Besonders sollen hier die Jugendlichen Aufenthalt haben. Zeitungen liegen bereits aus, Unterhaltungsspiele sind leider noch nicht zur Verfügung gestellt.

Unwetterschäden. Durch die starken Niederschläge ist die Tollense über die Ufer getreten und hat die umliegenden Wiesen überschwemmt. Der Wasserstand beträgt bei der Brücke Klempenow 1,40 Meter gegenüber 0,90 Meter bei normalen Zeiten. — Der Sturm riß einen Teil des Molkereischornsteins herunter. Dadurch wurde das Ziegeldach sehr stark beschädigt.

Bartow

Die letzte Windmühle als Sturmfackel beendet. In dem heftigen Sturm geriet die letzte Windmühle in der Feldmark in Brand. Sie stand in der Nacht wie eine brennende Fackel in der Ebene zwischen Bartow und Below. Da keine oder wenig Ausbreitungsgefahr bestand, traten die Feuerspritzen nicht mehr in Tätigkeit. Morgens war die Mühle in sich zusammengesunken.

Groß-Tetzleben

Schwerer Autounfall. Bei dem Dorf Weitlin auf der Chaussee Neubrandenburg—Penzlin geriet ein Berliner Personenwagen infolge Schlupfrigkeit der Straße ins Schleudern und fuhr in den Chausseegraben, wo er stark beschädigt liegen blieb. Der Besitzer wurde durch die Schutzscheibe geschleudert und erlitt sehr schwere Verletzungen. Er mußte ins Krankenhaus geschafft werden, während der Wagen abgeschleppt werden mußte.

Jarmen

Hochwasser. Die Peene führt zur Zeit infolge der durch das Tauwetter hervorgerufenen großen Wassermengen Hochwasser. Sie ist bereits über die Ufer getreten und hat die Wiesen jenseits der Stadt bis über den Deich hinaus überschwemmt.

Schwerer Sturz mit dem Motorrad. Auf dem Wege nach Züssow verunglückte der Händler Tech in der Gegend von Lüssow mit seinem Motorrad. Infolge der aufgeweichten, schlupfrigen Straße geriet er mit dem Motorrad ins Rutschen, stürzte und erlitt einen doppelten Beinbruch und starke Kopfverletzungen. Ein Auto fand den Verunglückten und brachte ihn zum Arzt in Gützkow. Darauf mußte die Einlieferung in die Greifswalder Klinik erfolgen.

Organisationsnachrichten

SAP Unterbezirk Bochum: Sonntag, 17. Januar, 10 Uhr, im „Märkischen Hof“ in Bochum, Kortumstraße 6 (Saal). Nähe Hauptbahnhof. Erste Unterbezirkskonferenz. Vorläufige Tagesordnung: 1. Wahl der Vorstandsmitglieder und der Mandatprüfer; 2. Bestätigung der Geschäftsordnung; 3. Bericht über den Aufbau der SAP im Unterbezirk; 4. Referat über die politische Lage und die Aufgaben der SAP; Referent: Genosse Zöllig (Düsseldorf); 5. Wahlen; 6. Verschiedenes. — Zu dieser Konferenz haben alle Ortsgruppen der Städte Bochum, Herne, Wanne-Eickel, Witten und Wattenscheid Delegierte zu entsenden. Die Abstimmungen erfolgen nach der Zahl der Mitglieder, für die von den einzelnen Ortsgruppen bis zum 1. Januar 1932 Beiträge an den Bezirkskassierer abgerechnet worden sind. Mitgliederzahl und abgerechnet worden sind. Delegierten Mandaten zu bescheinigen. — Alle nicht delegierten Parteigenossen und Genossinnen sind als Gäste herzlich willkommen. Freundschaft.

SAP Strausund: Montag, 11. Januar, 20 Uhr, im Vereinshaus, Böttcherstr. 20, Mitgliederversammlung.

Rotes Massenaufgebot

Glänzender Erfolg der gemeinsamen Kundgebung • Erschütternde moralische Niederlage der KPD

Die erste gemeinsame Versammlung von SAP, KPO und Leninbund am Freitagabend in Berlin war der erste bedeutende Schritt auf dem Wege zur gemeinsamen Front des deutschen Proletariats, die Feuerprobe der roten Klassenfront.

Die Kommunistische Partei hatte in der Absicht, die Versammlung zu beherrschen, ihre gesamten Anhänger für 6 Uhr nach Kliems Festsaal kommandiert, trotzdem angekündigt war, daß vor 1/8 Uhr, außer den Mitgliedern des Saalschutzes, niemand Zutritt erhalten würde.

Der Zweck, den die KP-Leitung und die „Rote Fahne“ mit ihrem provokatorischen Aufruf erreichen wollten, wurde auf diese Weise erreicht — die Wartenden wurden nervös. Mehrfach versuchten ganze Gruppen, sich gegen die geschlossenen Scherengitter zu werfen und gewaltsam sich Eintritt zu verschaffen.

Gegen 1/8 Uhr wurde der Saal geöffnet. Die Stoßtruppe der KPD wendeten die erprobte Methode an: sie warfen sich mit voller Körperkraft in der Menge vorwärts, schleuderten die am Saaleingang aufgestellten Tische und Stühle um und suchten den Saaleingang zu beherrschen.

Sekunden später hatte ein achtfacher Wall von Leibern den Eingang abgeriegelt. Ordnerstaffeln des SJV, Ordner der KPO, Leninisten und Schutzbund hielten Schulter an Schulter den disziplinelosen Anprall auf, erzwangen einen langsamen geregelten Zugang durch den eisernen Kordon.

Aber eines hatte der Generalangriff der KP-Stoßtruppe erreicht: Polizeitruppen, ernste Zusammenstöße fürchtend, räumten den Innenhof und schlossen wenig später trotz dem Protest der SAP-Genossen die Versammlung wegen Ueberfüllung.

Hunderte von Mitgliedern der SAP standen noch vor den Toren, Hunderte von Mitgliedern der KPO und des SJV versuchten Zutritt zu dem überfüllten Saal zu bekommen. Aber obwohl die KPD-Funktionäre auch auf der menschenerfüllten Straße eifrig Propaganda zu machen versuchten, sie stießen in zahllosen Diskussionen auf eisernen Widerstand. Der provokatorische Aufruf der „Roten Fahne“, die Disziplinlosigkeit im Vorgehen der KP flog ihnen um die Ohren.

Und drinnen im Saal verband man einen Genossen, der von dem Schlagring eines verhetzten Kommunisten getroffen worden war ... Das war die Stellungnahme der Berliner Kommunistischen Partei zur Frage der proletarischen Einheit am 8. Jan. 1932.

Punkt 8 Uhr eröffnete Genosse Hauschild, Vorsitzender des Bezirksverbands Berlin der Sozialistischen Arbeiterpartei, die Versammlung. Unter starker Erregung gab er die Verwundung unseres Genossen bekannt, ein tausendfaches Pfui! der Berliner Arbeiter gab den anwesenden Kommunisten die Antwort. Aber stürmischer Beifall folgte der Aufforderung, allen Opfern und verhetzten Provokateuren zum Trotz die Einheitsfront zum Siege zu führen.



Gen. Kurt Rosenfeld sprach im Namen der Sozialistischen Arbeiterpartei:

Der Weihnachtsfrieden und der notwendige Burgfrieden ist vorbei. Die Nationalsozialisten tragen wieder in Versammlungen und Terrorakten ihre Fahnen durch Deutschland. Sie wollen erreichen, was ihnen bisher noch keinmal gelungen ist: den Einbruch in die marxistische Front. Es ist ein Ruhm für die deutsche Arbeiterschaft, daß ihnen das bis heute noch nicht gelungen ist; aber sie müssen dieses Ziel zu erreichen trach-

ten, wenn ihnen ihr Vorhaben gelingen soll: die Eroberung der Macht. Aber es sind nicht nur ihre Versammlungen, die auf die Arbeiterschaft losgelassen werden.

Gefährlicher noch sind die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg, der in den Reihen der SA — ungehindert von der Regierung — vor sich gehen. Dort bildet sich in SA und SS, in Motorradstaffeln und allem technischen Personal die

faschistische Miliz

heran, gegliedert nach Reichwehrbezirken, die eine Zusammenarbeit von Reichswehr und Faschisten binnen wenigen Minuten garantieren!

Und wir haben schon heute Beispiele ihres militärischen Terrors. Ich nenne nur einen Namen: Braunschweig! Aber soll die Arbeiterschaft, zusehend, warten bis überall Blut geflossen ist wie in den Braunschweiger Tagen?

Die Regierungen des Reiches und der Länder sehen zu. Sie wissen von den Taten der Faschisten und ihren Absichten, aber jede Maßnahme dagegen unterbleibt. „Staat greif zu“ — die Parole der „Eisernen Front“ klingt lächerlich, gerichtet an einen Staat, der ungehindert die Faschisten toben läßt, der aber republikanischen Arbeitern verbietet, das Abzeichen ihrer republikanischen Gesinnung zu tragen!

Dieser Staat könnte zupacken — wenn er wollte! Hitler wäre in dem Augenblick erledigt, wo dieser Staat ihn einmal mit denselben Händen anfassen würde, mit denen er jeden Kommunisten anfaßt.

Aber der Ausländer Hitler kann in Deutschland tun, was jedem kommunistischen Ausländer die Ausweisung bringen würde!

Und von diesem Staat verlangt der Vorwärts, er solle zupacken — ein Staat, in dem Reichskanzler Brüning, Herr Groener und Adolf Hitler an einem Tische sitzen und die Presse meldet, daß ihre Verhandlungen sehr freundschaftlich verlaufen ...!

Die Presse der SPD jubelte, als Herr Brüning mit schwachen Worten sich gegen die Nationalsozialisten aussprach. Aber die Taten dieses Staates gegen den faschistischen Terror sehen wir im Helldörferprozeß, im Bremer Schutzbundprozeß und im Falle des Boxheimer Dokuments, in dem der höchste Ankläger der deutschen Republik, Herr Jorns, als Verteidiger den Angeklagten selbst die Argumente in die Hände spielte, auf die sie sich dann beriefen.

Kommt aber ein Kommunist vor die Schranken des Leipziger Gerichts, dann kann selbst der einfachste Wachtmeister ihm den Tarif nennen, nach dem er seine Strafe erhalten wird!

Zweierlei Recht in Deutschland — das ist heute die Stütze des Faschismus geworden!

Offener Faschismus aber, das bedeutet: Stärkster Terror gegen die Arbeiterschaft, Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, Krieg gegen Sowjetrußland, gegen das Land, in dem es keine Bourgeoisie mehr gibt, Krieg gegen das Land des sozialistischen Aufbaus!

(Stürmischer Beifall.)

Aber ebensowenig wie die Eisernen Front, deren Tolerierungspolitik den Faschismus zu dem werden ließ, was er heute ist, ein ernsthafter Wall gegen den Faschismus, ebensowenig ist es heute die Kommunistische Partei in ihrer Taktik der Isolierung von den Massen.

Ihre Taktik läuft darauf hinaus, die revolutionärsten Teile des Proletariats in aufreibenden Einzelaktionen vorzutreiben, statt sie zusammenzuhalten für eine revolutionäre Aktion der gesamten Arbeiterklasse.

(Stürmischer Beifall.)

Was wären die Nationalsozialisten, wenn die Arbeiter einig wären!

(Rasender Beifall und Bravorufe.)

Nicht auf die Wählerstimmen der NSDAP kommt es an, auf die Stimmen der Frauen und Alten, die gestern Hindenburg und heute Hitler wählten — heute entscheidet die außerparlamentarische Aktion das Geschick des Staates.

Aber nicht in der „Eisernen Front“ kann die außerparlamentarische Aktion geboren werden, nicht werden die Zentrumsarbeiter Brünings und die christlichen Gewerkschaften in einer Front gegen Brüning und Hitler stehen

viel eher wird die „Eiserne Front“ unter Führung von Hitler, Brüning und Otto Wels gegen die Arbeiterklasse marschieren sollen.

Aber weder wir noch die Arbeiter der Sozialdemokratie wollen eine solche Front der staatsbehaltenden Mächte von Hitler bis Brüning und Wels, wir werden nicht Arzt, wir werden Totengräber dieses Staates und dieses

Systems sein in der Einheitsfront des revolutionären Proletariats.

(Zwischenruf: Unter Führung der KPD!)

Diesen Zwischenruf müssen Sie mir nicht machen, Genosse, sondern der Führung dieser KPD, die wir aufgefodert haben, sich an einer gemeinsamen antifaschistischen Front zu beteiligen und die es verweigert hat!

(Rasender Beifall.)

Wir wollen die Einheitsfront des Proletariats ohne Rücksicht auf irgendwelche Organisation, auch ohne Rücksicht auf unsere eigene Organisation — weil wir wissen,

daß in diesem Kampfe die Einheit der Klasse U' er alles geht!

(Stürmischer Beifall.)

Aber wir müssen diesen Kampf führen, ehe Hitler zur Macht kommt!

Wir müssen die Masse mobilisieren zur Bereitschaft für den politischen Generalstreik, um auf die Sekunde bereit zu sein, ein Millionenheer kampfbereiter Proletarier unter den Losungen der Revolution auf die Straße zu führen. Kommt aber diese Stunde, dann soll nach dem Kampfe nicht wiedererstanden die „herrliche Republik“ der Weimarer Verfassung, dann wollen wir nicht umsonst den Faschismus geschlagen haben, dann soll am Ende stehen

die Diktatur des revolutionären Proletariats,

(Stürmischer Beifall.)

deren Ausdruck die gewählten Arbeiterräte aus den Organisationen und Betrieben sind.

(Stürmischer Beifall.)

Und wir sind der Ueberzeugung, daß in diesem Kampfe auch der beste Teil der kommunistischen Arbeiter auf unserer Seite stehen wird (Widerspruch bei den Kommunisten), und wir sagen ihnen heute schon wie allen anderen:

Her zur roten Einheitsfront des Proletariats, formiert die Front des klassenbewußten Proletariats,

die ein Ende des Faschismus bedeutet, die die deutsche Arbeiterschaft vorwärts führt hinein in den Sozialismus!

(Minutenlanges Beifall.)

Die kommunistischen Stoßtruppe, die vergeblich versucht hatten, sich gegen die Beifallsstürme der Berliner Arbeiterschaft durchzusetzen, traten vor Beginn der Rede des Genossen Brandler wieder in rege Aktion. Sprechchöre, Geschrei und Pfeifen markierten das Niveau der kommunistischen Bewegung Berlins.



Gen. Brandler (KPO):

Der Faschismus wächst als drohende Gefahr über dem Haupt der deutschen Arbeiterschaft zu derselben Zeit, wo diese Arbeiterschaft innerlich gespalten und zerrissen ist. Aber wenn wir warten wollen, bis wir alle grundsätzlich einer Meinung sind, dann hat uns der Faschismus längst zusammengesugen!

(Rasender Beifall.)

Wir können nicht warten, Genosse Rosenfeld hat recht. Es trennt uns manches, aber wir haben auch so vieles gemeinsam, daß es für uns möglich sein muß, gemeinsam als Arbeiterklasse gegen den Faschismus zu marschieren.

Es wäre Aufgabe der KPD gewesen, die ersten primitiven Anfänge dieser gemeinsamen Front zu schaffen. Statt dessen antwortet die „Rote Fahne“ mit dem unzweideutigen Aufruf, die erste gemeinsame Veranstaltung zu sabotieren.

(Stürmische Pfuirufe)

Aber wenn schon die verhältnismäßig noch

kleinen Arbeiterparteien eine solche Kundgebung wie die heutige zustandebringen —

der Faschismus wäre ein Dreck, wenn die gesamten proletarischen Parteien sich zu gemeinsamem Kampfe zusammenfänden.

Wir müssen von Haus zu Haus die Front der Werktätigen formieren, ohne Verwischung der trennenden Gegensätze, aber trotzdem unter Betonung alles Gemeinsamen die Kartelle und Organisationen schaffen, die Parteien und Gewerkschaftskollegen und Sportgenossen vereinigen, Aufhebung der Verbote gegen die proletarischen Organisationen — Roter Frontkämpferbund u. a. — und Verbot der faschistischen Banden muß die Forderung sein, mit der wir an die proletarische Öffentlichkeit treten, an die Arbeiter herankommen, sie gegen den Faschismus mobilisieren, für den Sieg des Sozialismus!

(Stürmischer Beifall, Niedergeschrei der Kommunisten)



Gen. Urbahns (Leninbund):

Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt sind die revolutionären Kräfte in Bewegung. Deutschland aber steht vor der Entscheidung: Revolution oder Faschismus? Wenn aber das deutsche Proletariat zurückgeworfen wird, dann wird das zu den schwersten Rückschlägen für das gesamte Weltproletariat führen. Das Proletariat muß zu einer Einheit im Kampf gegen die drohende Gefahr kommen.

Genosse Rosenfeld hat ein eindeutiges Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und zum Rätestaat abgelegt, ebenso Genosse Brandler, wir Leninisten nicht minder, ihr, kommunistische Arbeiter, auch — was trennt uns noch im gemeinsamen Kampf um unser Ziel?

(Rasender Beifall)

Aber wenn wir in Konsequenz dieser Gemeinsamkeit zu einer gemeinsamen Versammlung aufrufen, dann fordert die „Rote Fahne“ zur Sabotage auf. Die Führung der KPD fordert den Kampf unter Führung der KPD — aber selbst wenn die KPD eine Million Mitglieder hätte, könnte sie dem Proletariat nicht den Klassenkampf abnehmen!

(Rasender Beifall)

Die KPD, die nicht verstand, die Massen aufzufangen, die sich vom Reformismus lösen, kann nicht Anspruch auf die Führung im Kampf der Arbeiterklasse erheben. Die Führung wird

in den Händen der Räte

liegen, die gewählt werden von der Masse selbst, nicht nach Wunsch oder Belieben einer einzelnen Partei!

(Stürmischer Beifall.)

Und dafür, daß der Gedanke gemeinsamen Kampfes sich durchzusetzen beginnt, ist die heutige Versammlung ein Beweis, indem alle Bemühungen, die Versammlung zu sabotieren, am gemeinsamen Willen der klassenbewußten Berliner Arbeiter zerschellt sind;

(Stürmischer Beifall.)

Diskussion

Da jeder der Referenten eine halbe Stunde gesprochen hatte, wurde auch für jeden Diskussionsredner der KPD eine halbe Stunde Redezeit ausgesetzt. Ein Teil der anwesenden Kommunisten schrieb eine Zeitlang nach unbegrenzter Redezeit, obwohl ein Referent der kommunistischen Zentrale überhaupt nicht anwesend war, und erst im Laufe der Versammlung erschien der Redakteur Glück'a'u'f, der dann die Diskussion im Namen der KPD führte.

An ihm rächte sich, was die Disziplinlosigkeit seiner Anhänger gesät hatte. Schon bei den ersten provokatorischen Worten gegen die

gemeinsame Front der klassenbewußten Arbeiter raste ein minutenlanges Protestatium der empörten Proletarier gegen die Hetze Glückaufs.

Soweit seine geradezu vernichtend armeligen Ausführungen in den immer wiederholten Protestatium überhaupt verständlich wurden, bestanden seine Argumente aus einer wilden Hetze gegen den Genossen Rosenfeld, den er beschuldigte, für das Republikchutzgesetz und das RFB-Verbot eingetreten zu sein.

Außerdem sagte er, eine gemeinsame Front mit Grzesinski und Severing komme für die kommunistischen Arbeiter nicht in Frage — eine Wahrheit, die allerdings nicht nur Glückauf erkannt hat.

Als er die Versammelten als Renegaten bezeichnete und einen Zwischenruf des Genossen Urbahns provokatorisch verschärfte und entstellte und zu einer Hetze gegen die Sowjetunion umzufälschen versuchte, wurde er von der empörten Versammlung derartig zudeckelt, daß er sich mit der wüsten Beschimpfung

„Halt die Schnauze da unten!“ vergeblich Geltung zu verschaffen suchte.

Der Redner der Kommunistischen Partei hat an diesem Abend die kommunistische Bewegung bis auf die Knochen blamiert.

Storm, der zweite Redner der KPD, sagte sachlich und inhaltlich das klare Gegenteil seines Vordredners. Hatte Glückauf die Einheitsfront in provozierender Form abgelehnt, so erklärte Storm, daß in den zukünftigen Kämpfen die Arbeiterschaft doch Schulter an Schulter kämpfen würde und daß die Einheitsfront sich gegen alle Saboteure durchsetzen würde!

(Beifall bei allen Versammlungsbesuchern.)

Die Ruhrindustriellen können sich die Betriebseinschränkungen leisten, ihren Profiten. Seine Behauptung dagegen, daß der Hitlerfaschismus auch nicht schlimmer sein könne als das Brüning-Regime, wurde stürmisch abgelehnt.

Das Gaswerk spricht:

Für die Belegschaft der Städtischen Gas- und Wasserwerke sprach Genosse Adam (SAP).

Er erklärte im Auftrage der Arbeiter im Gas- und Wasserwerk, daß die Funktionäre einig und geschlossen für den Streik eintreten. (Bravorufe)

Alle Arbeiter beteiligen sich geschlossen an der beschlossenen Urabstimmung

sämtliche Genossen der RGO und der KPD Schulter an Schulter mit ihren Kameraden im Betrieb, trotzdem die „Rote Fahne“ zur Sabotage der Urabstimmung aufgefordert hat! Niemand in den Werken befolgt die Parole der KPD. (Stürmischer Beifall)

In derselben Weise muß die Einheit der revolutionären Arbeiter ohne Rücksicht auf Parteibuch in den anderen Betrieben und in den Stadtbezirken hergestellt werden. Dem faschistischen Terror muß die rote Klassenfront der Arbeiterräte entgegentreten! (Stürmischer Beifall)

Die weitere Diskussion wurde bestritten von dem Genossen Bolze (KPD-O), der die Behauptung, der Faschismus könne nicht schlimmer sein als die heutige Lage ins richtige Licht stellte, und von dem Genossen Landau, der für die bolschewistisch-leninistische Linie sprach. Landau erklärte, daß ein richtiger ernstzunehmender Kommunist eigentlich den Ausschluß des Genossen Glückauf, des ersten Redners der KPD aus der Partei fordern müsse, da er in seinen völlig undiskutablen Ausführungen die

kommunistische Partei bis auf die Knochen blamiert habe!

Die Anhänger der KPD quittierten diese „praktische bolschewistische Selbstkritik“ vollständig überrascht mit regellosem Geschrei und organisierten völlig hilflos eirige Rot-Front-Rufe und planloses Nieder-Geschrei um den katastrophalen Eindruck dieser Worte zu verdecken.

Die Niederlage der „Linie“ war hart, aber verdient. Zahllose anständig und besonnen denkende kommunistische Arbeiter beteiligten sich zuletzt nicht mehr an dem schwächlichen Hoch- und Niedergeschrei, mit dem sture Grüppchen vergeblich zu sprengen versuchten.

Im Schlußwort

wies Genosse Rosenfeld die Behauptungen zurück, daß er sich für das RFB-Verbot eingesetzt habe, er habe im Gegenteil für Aufhebung des RFB-Verbotes im Reichstag gesprochen. Er forderte nochmals auf, die Einheitsfront in die Betriebe hineinzutragen und auch die Arbeiter in sie hineinzuführen, die heute nicht den Mut aufbringen, diese Versammlung bis zu Ende zu hören, die sie vergeblich zu terrorisieren versuchten.

Dasselbe drückten die Genossen Urbahns und Brandler in ihren Schlußworten aus.

*

Ein Teil der wildesten Schreier der KPD hatte den Saal verlassen, ohne daß sein Fehlen irgendwie aufgefallen wäre. Das übliche Rot-Front-Geschrei und das von der KPD zur Sprengung organisierte Absingen der Internationale prallte völlig wirkungslos an der eisernen Disziplin der Versammlung ab, die wie ein Mann sich erhob und das Kampflied der Arbeiter mitsang und die Versammlung weiterführte, als die Kommunisten wütend und hilflos den Saal verlassen hatten.

Zwei Entschließungen

Unter tosendem Beifall wurden von der Versammlung folgende Resolutionen angenommen — gegen eine Stimme (!) und mit zahllosen Stimmen zurückgebliebener kommunistischer Genossen:

Die nächsten Schritte zur Einheitsfront

„Die heutige öffentliche Versammlung in Kliems Festsaal hält angesichts der drohenden faschistischen Gefahr, angesichts der brutalen Kapitaloffensive die Schaffung einer gemeinsamen überparteilichen Abwehrfront für das Gebot der Stunde. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Herstellung der Einheitsfront unbeschadet der bestehenden grundsätzlichen Differenzen heute schon möglich ist.

Voraussetzung dafür kann nicht sein, daß eine einzelne Organisation oder deren Mitglieder ihre grundsätzliche politische Auffassung preisgeben, sondern, daß sie sich unter Wahrung ihrer prinzipiellen Überzeugung dennoch zusammenfinden zum gemeinsamen Kampf um die allernächsten Ziele, zur Verteidigung der bedrohten proletarischen Existenz. Nur so kann der Kapitalangriff abgewehrt, der Kampf gegen die Notverordnungs- und Faschismuspolitik erfolgreich geführt und der Faschismus geschlagen werden, ehe er zur Macht kommt.

Die Versammelten kennzeichnen die Schaffung der sogenannten „eisernen Front“ als ein Parteimanöver der SPD, durch das die Arbeiterschaft vom Kampf für ihre eigenen proletarischen Klasseninteressen abgelenkt werden sollen. Die Unterstützung dieses Manövers durch irreführende Arbeiter dient nicht der Herstellung der Einheit, sondern stärkt die Positionen der Schrittmacher des Faschismus.

Die heutige Versammlung begrüßt dagegen den gemeinsamen Schritt der drei Organisationen (KPO, SAP, Leninbund) zur Herstellung der gemeinsamen überparteilichen Abwehrfront gegen Kapitaloffensive und Faschismus. Sie beauftragt die Einberufer, sich nochmals an die übrigen Organisationen mit der Aufforderung zu gemeinsamer Arbeit zu wenden. Darüber hinaus halten es die Versammelten für notwendig,



Das Auge der Notverordnung wacht

daß nunmehr in den einzelnen Verwaltungsbezirken Berlins an die praktische Schaffung überparteilicher Kartelle und Klassenwehren herangegangen wird, die unter selbstgewählter Führung die gemeinsamen Interessen der ganzen Klasse verteidigen.

Die Versammelten geloben, in ihren Organisationen, Betrieben, Stempelstellen und Wohngebiet für die Unterstützung dieser Aufgabe zu werben. Sie erwarten von allen Arbeiterorganisationen, die ernsthaft proletarische Klasseninteressen vertreten wollen, sich diesem Schritt anzuschließen. Im Kampfe selbst wird sich die Führung der Einheitsfront aus den besten und befähigsten von selbst ergeben müssen.“

Hände weg von der Sowjetunion!

„Die von der SAP, KPDO und Leninbund durchgeführte Antifaschistische Kundgebung am 8. Januar, erhebt flammenden Protest gegen den räuberischen Einfall des japanischen Imperialismus in die Mandschurie. Der Völkerbund, dieses angebliche Friedensinstrument, unterstützt faktisch den Krieg, der immer stärker die Sowjetunion unmittelbar bedroht. Die Versammlung appelliert an alle Arbeiterorganisationen, dafür zu wirken, daß durch die Aktion der internationalen Ar-

beiterklasse dem räuberischen Imperialismus das blutige Handwerk gelegt wird.

Nieder mit dem imperialistischen Krieg! Hände weg von der Sowjetunion!“

Und ein dreifaches Hoch auf die Einheitsfront des kämpfenden Berliner Proletariats beendete die Kundgebung, die der erste Sieg der Einheitsfront in Berlin gegen die sture Parteistellung einer Führerclique gewesen war.

Die „Rote Fahne“ und die Wahrheit

Diese beiden Begriffe sind oft schwer unter einen Hut zu bringen, immerhin ist es notwendig, dies von Zeit zu Zeit an treffenden Beispielen zu belegen. Die „Rote Fahne“ schreibt von der Versammlung:

„Schon vor 6 Uhr stauten sich die kommunistischen Arbeiter zu Tausenden vor Kliems Festsaal.“ — Es waren um 6 Uhr etwa 200 Kommunisten und SAP-Leute anwesend.

„Keiner von ihnen wurde hereingelassen.“ Es war öffentlich bekanntgegeben worden, daß außer den Mitgliedern des Schutzbundes niemand vor ½8 Uhr Zutritt zu dem Saal bekommen würde. Hätte die KPD Interesse an einer sachlichen Auseinandersetzung gehabt, hätte sie ihre Genossen zu diesem Zeitpunkt in die Versammlung rufen können. Daß sie es nicht tat und ein Eingreifen der Polizei durch ihre Terrorakte herbeiführte, beweist, wie wenig ihr an sachlicher Diskussion lag.

Kein Wort berichtet die „Rote Fahne“ von den Worten des Genossen Adam aus dem Gas- und Wasserwerk — offenbar hat die „Rote Fahne“ keinen Platz für Stimmen aus den Betrieben, wenn sie der KP-Sekretär nicht vorher abgestempelt hat. Kein Wort auch von den Worten ihres eigenen zweiten Diskussionsredners. . . Dafür aber kleinliche Lügen über den Verlauf der Versammlung:

„Schließlich verließ die große Mehrheit unter dem Gesang der Internationale die Versammlung, die zu einer schweren Niederlage der Bankrotteure geworden ist.“

Auf diesen Schlußsatz des „Roten-Fahne“-Artikels zu antworten, überlassen wir den kommunistischen Genossen, die nicht feige gekniffen haben.

Die neueste RGO-Pleite

„Einige wesentliche Schwächen der KPD“

Die Pleite, die die Kommunisten mit ihrer neuesten Streikparole erlitten haben, ist ein historisches Faktum, an dem nicht zu zweifeln ist. Auch die hemmungsloseste kommunistische Beredsamkeit kann dies nicht mehr vertuschen. Indessen ist man im kommunistischen Lager um Ausreden nicht verlegen. Die Schuld an der Pleite, so wird argumentiert, liegt nicht bei der unfehlbaren KPD bzw. RGO, sondern eben bei denen, die abseits stehen geblieben sind und den Kommunisten die Gefolgschaft versagt haben.

Offenbar um den trostlosen Eindruck, den auch diese gescheiterte kommunistische Aktion wieder hinterläßt, etwas optimistisch zu übertrüben, bringt die „Rote Fahne“ vom Donnerstag einen Artikel mit der Überschrift „Tatsachen sprechen für die rote Einheitsfront“. Der Tatsachen, auf die der Artikel abhebt, sind es insgesamt zwei: einmal der Streik der Berliner Möbeltransportarbeiter und zum anderen der Streik der Berliner Zeitungsfahrer, denen ein Lohnabbau von 15 Prozent drohte. Das sind nun allerdings auch die einzigen Fälle, in denen die Streikparole etwas gezündet hat. Aber nicht sie geben der kommunistischen Aktion das Gepräge, sondern jene ungezählten und unzählbaren anderen Fälle, in denen die Streikparole versagt und nicht einmal die eigenen Mitglieder der KPD und RGO ergriffen hat. Einer Untersuchung dieser Seite der Aktion geht der Artikel der „Roten Fahne“ jedoch aus dem Weg, wenn man nicht allein schon die Verdamnis der andern, die nicht streikten, als eine solche Untersuchung betrachten will.

Schlägt man jedoch in derselben Nummer der „Roten Fahne“ einige Seiten weiter, dann stößt man auf den Bericht über ein Referat, das der Kommunist Heckert auf der Tagung des Zentralrats der Roten Gewerkschaftsinternationale gehalten hat und in dem, wie die „Rote Fahne“ sich ausdrückt, „zu einigen wesentlichen Schwächen der Arbeit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition selbstkritische Stellung“ genommen wird. Heckert, um nur eine der von ihm erwähnten „wesentlichen Schwächen“ hervorzuheben, bescheinigt in dieser Rede seiner Partei das „Unvermögen, unter den Arbeitermassen, die noch unter reformistischem Einfluß stehen, mit unserer Arbeit vorzudringen. Statt dessen sagen wir weiterhin dem Arbeiter, der nicht weiß, was er machen soll: du bist ein Feigling, ein Opportunist, ein Helfershelfer der Reformisten, du willst nicht streiken.“ Dann erwähnte Heckert u. a. noch den Fall eines Großbetriebes mit 1800 Arbeitern, wo kein einziger der anwesenden kommunistischen Funktionäre sich zur Streikvorbereitung geäußert habe. „Dieser Fall“, so bemerkte Heckert hierzu, „steht nicht vereinzelt da. Was soll man dann von den Arbeitern verlangen, wenn die Avantgarde selbst so schwach ist?“

Das klingt beinahe wie ein Kommentar zu der neuesten kommunistischen Streikaktion. Wäre die Heckert'sche Rede als solche gedacht gewesen, dann bliebe wenigstens noch die Hoffnung, daß in Zukunft die Kommunisten besser beraten wären. Aber — und das ist das Hoffnungslose des Falles — Heckert hat seine zutreffende „selbstkritische Stellung“ schon vor diesem Streik allein zum Besten gegeben, so daß nur der Schluß zu ziehen bleibt, daß die in Moskau gehaltenen Selbstkritik nicht bis Berlin durchdringt.

Die Einheitsfront wächst

Täglich gehen uns neue Zustimmungserklärungen zu dem Aufruf der SAP an alle Arbeiterorganisationen zu, die beweisen, wie stark der Widerhall ist, den die Einheitsbestrebungen in der gesamten Arbeiterschaft auslösen. Die Funktionäre der Efha-Werke, Berlin-Britz, eines Betriebes mit einer Belegschaft von 1400 Mann, haben folgende Resolution angenommen:

„Die unterzeichneten Funktionäre begrüßen den in der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ am 25. Dezember 1930 vom Hauptvorstand der SAP veröffentlichten offenen Brief an alle Arbeiterorganisationen und verpflichten sich, in ihren Organisationen

mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die gesamten Organisationen sich beteiligen an den gemeinsamen Kundgebungen

gegen die durch die letzte Notverordnung erneut verschärte Verelendung der Arbeiterschaft, gegen Lohn- und Gehaltsabbau, gegen Rentenraub, gegen die Aufhebung des Tarifrechts, gegen die Aufhebung des Mieterschutzes, gegen die Kulturreaktion. Insbesondere um die Einheitsfront gegen den Faschismus

herzustellen und die gesamte Arbeiterklasse zum außerparlamentarischen-politischen Kampf zu mobilisieren.“

Spanisches Jesuitenkloster in Brand gesteckt. Nach einer Mitteilung des Innenministeriums ist das Jesuitenkloster in Ona, Provinz Burgos, in Brand gesteckt worden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Dawes republikanischer Präsidentschaftskandidat? Wie aus gut unterrichteten republikanischen Kreisen Washingtons verlautet, kommt der amerikanische Botschafter in London, Charles Dawes, der soeben seinen Rücktritt angekündigt hat, nunmehr sehr ernstlich als republikanischer Präsidentschaftskandidat in Frage. Da sich auch der jetzige Präsident Hoover wieder aufstellen lassen will, würden beide dadurch wahrscheinlich in eine gewisse Gegnerschaft geraten.

Zweitausend Ruhrarbeiter vor der Entlassung

Zwei schufteten für drei

Die Vereinigten Stahlwerke (Abteilung Bergbaugruppe Gelsenkirchen) zeigen eine Betriebseinschränkung auf der Schachtanlage Zollverein in Essen-Katernberg an. Zur Entlassung kommen 1000 Arbeiter, denen am 15. d. M. zum 1. Februar gekündigt wird.

Die Mannesmannröhrenwerke (Abteilung Bergbau in Gelsenkirchen) zeigen eine Betriebseinschränkung auf der Zeche Consolidation in Gelsenkirchen an. Zur Entlassung kommen 972 Arbeiter und 37 Angestellte.

Die Ruhrindustriellen können sich die Betriebseinschränkungen leisten, ihren Profiten bekommen sie gut. Nach den neuesten Veröffentlichungen der Reichskreditgesellschaft ist die Prokopfleistung der Gesamtbelegschaft im Jahre 1931 auf 163,1 gegenüber 143,4 im Jahre 1930 (1918 = 100) gestiegen. Zwei schufteten für drei, und die Unternehmer stecken die Ueberprofite ein.

Graham gestorben

London, 9. Januar.

Der Präsident des Handelsamtes in der letzten Arbeiterregierung, William Graham, ist am Freitag abend an den Folgen einer schweren Lungenerkrankung gestorben.

Graham, der im 45. Lebensjahre stand, galt als einer der bedeutendsten Kommunalpolitiker Englands. Aus kleinster Stellung verstand er es, sich zum Unterstaatssekretär im Schatzamt und schließlich zum Präsidenten des Handelsministeriums heraufzuarbeiten. Graham, der vorbehaltloser Freihändler war, hatte das Ministerium vom Juni 1929 bis August 1931 inne. Sein Rücktritt erfolgte aus Anlaß der Umbildung des Arbeiterpartei-Kabinetts MacDonald zu einer „Nationalregierung“ unter Einbeziehung der Konservativen und Liberalen. Bei den Oktoberwahlen kandidierte Graham wiederum für die Arbeiterpartei, unterlag aber dem konservativen Gegenkandidaten.

Graham galt als die rechte Hand Snowdens, womit seine Stellung innerhalb der Arbeiterpartei charakterisiert ist. Für die Arbeiterpartei bedeutet sein Tod einen schweren Verlust.

Snowden bei den Lausanner Verhandlungen? Nach Londoner Blättermeldungen ist vorgeschlagen worden, daß auch Snowden als Berater mit zur Lausanner Konferenz gehe. Ob MacDonald teilnehmen wird, steht noch nicht fest. Die Entscheidung wird davon abhängen, ob die Konferenz, wie England es wünscht, am 18. Januar beginnt.

Beisetzung Maginots am Sonntag. Die Pariser Presse bringt weiter spaltenlange Nachrufe für den verstorbenen Kriegsminister Maginot. Die Regierung hat die Beisetzung der sterblichen Ueberreste auf Freitag morgen festgesetzt.